



FRANKFURT magazin

CDU-Frankfurt
Kreisparteitag
Geschlossen für
Flughafenausbau



CDU-Frankfurt
**Generationswechsel
in der Senioren-Union**
Christof Warnke folgt
Sieglinde Fedel



CDU-Fraktion
**Fraktions-
vorsitzender
wird auch
Geschäftsführer**
Uwe Becker folgt
auf Klaus Vowinkel



CDU-Fraktion
**Neubesetzung
CDU-Fraktion**
Lothar Stapf und Dr. Horst
Kraushaar im Porträt



Videoüberwachung: Sicherheit für Frankfurt



Nr. 2 Dezember 2003

Titelbild:
Hauptbahnhof Frankfurt
Foto: Hans-Peter Merten, Saarburg
www.hpmerthen.de

Editorial 3

THEMA: Hauptbahnhof – Videoüberwachung: Sicherheit für Frankfurt ... 4

AUS DER PARTEI

Parteitage 8

Operation sichere Zukunft 10

Neues aus Wiesbaden 12

Personalien 14

CDU vor Ort 16

Pressearbeit 19

AUS DER FRAKTION

Standortsicherung durch Internationalisierung 20

Fraktionsvorsitzender wird auch Geschäftsführer 21

Lothar Stapf und Dr. Horst Kraushaar im Porträt 22

Sanierung der Strooßstraße 24

Integrationspreis der Stadt Frankfurt – zum zweiten Mal verliehen 25

Protestbanner am Römer: „Städte in Not“ 26

Stadtradt Burggraf geht mit gutem Beispiel voran –
„Sind Sie schon gegen Grippe geimpft?“ 27

Pressearbeit 28

International – „United we stand“ 30

Anträge und Anfragen 31

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband
und CDU-Fraktion
Frankfurt am Main

CDU-Kreisverband:
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)
60314 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 15 30 99-0
www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion:
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 13 87 28-0
www.cdu-fraktion-ffm.de

Redaktion:
Thomas Feda (tf)
(verantwortlich für Parteiteil)
E-Mail: feda@cduffm.de
Alexander Zell (az)
(verantwortlich für Fraktionsteil)
E-Mail: alexander.zell@
cdu-fraktion.frankfurt.de

Druck:
m/p/m DigitalAgentur
media process management GmbH
Tel.: (061 31) 95 69-20
E-Mail: info@digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung der
Herausgeber und der Redaktion wieder.



Hauptbahnhof – Videoüberwachung:
Sicherheit für Frankfurt Seite 4



Kreisparteitag – geschlossen für
Flughafenausbau Seite 8



Generationswechsel – Christof Warnke
folgt Sieglinde Fedel Seite 14



Fraktionsvorsitzender wird auch
Geschäftsführer Seite 21



Lothar Stapf und Dr. Horst Kraushaar
im Porträt Seite 22



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Weihnachtsfest steht bevor; traditionell ein Fest für Familie und Freunde. Es ist die Zeit der Besinnlichkeit, der Frohen Botschaft, aber auch der Hoffnungen, Erwartungen und Wünsche. Gerade diese Erwartungen und Hoffnungen prägen die Stimmung der Menschen zum Jahreswechsel.

Für die CDU Frankfurt am Main gingen die Erwartungen bei der Landtagswahl 2003 voll in Erfüllung. Unsere sechs CDU-Landtagskandidaten konnten sich in allen Frankfurter Landtagswahlkreisen durchsetzen und einen wichtigen Beitrag für die Bestätigung der jetzigen Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch leisten. Gemeinsam gilt es, unsere Frankfurter Interessen weiterhin in Wiesbaden wirkungsvoll zu vertreten.

Hoffnungsvoll gehen wir in das Jahr 2004. Die Weichen für die CDU Frankfurt am Main werden am 7. Februar 2004 gestellt: Die Delegierten des Kreisverbandes werden auf dem Parteitag einen neuen Kreisvorstand wählen und mit einer neuen Mannschaft das Profil der Frankfurter CDU weiter schärfen.

Mit zwei Frankfurter Bewerberinnen – Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und Dr. Ralf-Norbert Bartelt – für die hessische Landesliste zur Europawahl treten wir zum Landesparteitag im März 2004 an. Wir werden uns als

Kreisverband dafür einsetzen, dass unsere Kandidaten aussichtsreiche Listenplätze erreichen. Das Ergebnis für die CDU war bei der letzten Europawahl 1999 äußerst positiv: Mit 44,1% lagen wir weit vor der mit 28,6% abgeschlagenen SPD. Wir werden deshalb gemeinsam alle Anstrengungen aufbringen, um am 13. Juni 2004 dieses Ergebnis zu halten und auszubauen.



Im Römerbündnis konnten wir uns in Fragen der Sicherheitspolitik mit der Einrichtung weiterer Videokameras im Bahnhofsviertel durchsetzen. Dadurch verbessern wir die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Deshalb haben wir auch die Videoüberwachung zum Titelthema dieser Ausgabe gemacht. Wir sind sicher, dass die Argumente, die unsere Position be-

gründen, richtig sind. Sicherheitspolitik in Frankfurt ist und bleibt CDU-Politik.

Der Bundesparteitag der CDU in Leipzig hat den Menschen Perspektiven aufgezeigt, wie verantwortungsvoll die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen angenommen werden können. Nach einer mitreißenden Rede unseres früheren Bundespräsidenten Roman Herzog und einer ausführlichen Diskussion wurden die so genannten Herzog-Vorschläge zur Reform der sozialen Sicherungssysteme verabschiedet. Mit dem von Friedrich Merz vorgestellten Konzept für ein modernes, einfaches und gerechtes Steuersystem konnten wir uns weiterhin als klare Reformalternative zur rot-grünen Bundesregierung präsentieren. Ganz herzlich bedanken möchten wir uns auch bei den Leserinnen und Lesern für die konstruktive Kritik an der Neugestaltung des Frankfurt Magazins. Dies ist für uns ein Beleg, dass wir mit unserem Konzept den richtigen Weg eingeschlagen haben. Als Großstadtpartei setzen wir mit diesem Mitgliedermagazin Maßstäbe in der kommunalen Politikkommunikation und das mit geringerem Kostenaufwand. Einige Verbesserungsvorschläge haben wir bereits in dieser Ausgabe umgesetzt.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünschen wir ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien und/oder Freunde, ein fröhliches Silvester und ein gutes, friedvolles Jahr 2004.

In diesem Sinne grüßen wir Sie herzlich
Ihre

Udo Corts MdL, Kreisvorsitzender

Uwe Becker, Fraktionsvorsitzender

Durch Videoüberwachung Straftaten aufklären und das Sicherheitsgefühl verbessern

CDU-Fraktion sieht in dem offenen Einsatz von Videoüberwachungsmaßnahmen an Kriminalitätsbrennpunkten im öffentlichen Raum ein geeignetes Mittel, um die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben im Rahmen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung wirksam zu unterstützen.



Foto: Zeitl

Durch den offenen Einsatz von Bildaufzeichnung an Kriminalitätsbrennpunkten kann die Prävention und damit die Verhinderung von Straftaten verstärkt werden. Gleichzeitig wird die Kriminalitätshäufigkeit deutlich reduziert, die Aufklärung von Straftaten gesteigert und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger und Besucher Frankfurts nachhaltig verbessert. Der Einsatz von Videokameras geschieht dabei im Rahmen eines polizeilichen Gesamtkonzeptes, das flexibel und lage-/brennpunktorientiert auch auf Verlagerungs- und Verdrängungseffekte reagiert.

Videoüberwachung an der Konstablerwache

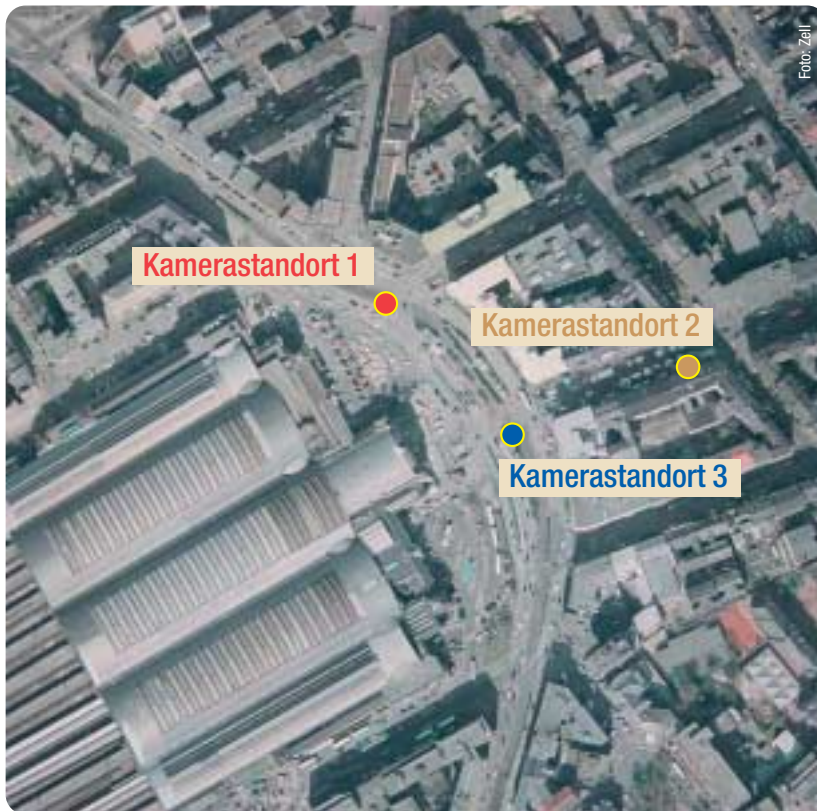
„Der Pilotversuch an der Konstablerwache hat eindrucksvoll bewiesen, dass mit der Videoüberwachung eine wirksame Bekämpfung und Eindämmung der Kriminalität erreicht werden kann“, sagte dazu der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Stephan Siegler. Eine Verdrängung der für die Konstablerwache spezifischen Kriminalität in umliegende Bereiche sei nicht zu beobachten gewesen, da Rauschgift- und Raubdelikte entsprechende Tatgelegenheitsstrukturen erfor-

Der sicherheitspolitische Sprecher Stephan Siegler ist sich sicher: Die Videoüberwachung ist an der Konstablerwache ein Erfolg und wird auch am Hauptbahnhof ein Erfolg werden.

dern, die außerhalb zentraler Verkehrsknoten ohne weiteres nicht entstehen. Die Gesamtkriminalität im oberen Bereich der Konstablerwache ist von 547 im Jahr 2000 über 463 (2001) und 474 (2002) signifikant zurückgegangen.

Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens

Die Bezeichnung der Videoüberwachung vor allem durch die Grünen als „Baustein des drohenden Über-



Kamerastandort 1:

Straße „Am Hauptbahnhof“ mit Einblick auf die nordöstlichen Abgänge zur B-Ebene Hauptbahnhof



Kamerastandort 2:

Zurückgesetzt in der Kaiserstraße (kein Einblick in die Moselstraße)



Kamerastandort 3:

Haltestelle der S-Bahn am Hauptbahnhof mit Einblick auf Bahnhofsvorplatz und Kaisersack

wachungsstaates“ sei völlig absurd. Die CDU stelle sich Videoüberwachung dort vor, „wo die Sicherheit nachhaltig gesteigert werden kann und zugleich die Privatsphäre des Bürgers nicht unzumutbar einge-

schränkt“ werde. „Die CDU als die Partei, die verantwortungsvoll mit Fragen der Sicherheit umgeht, wendet sich jedoch nachdrücklich gegen das in einigen anderen Staaten praktizierte Konzept einer flächen-

deckenden, anlassunabhängigen Videoüberwachung des öffentlichen Raumes“, betonte Siegler. „Der Anteil derjenigen, die zufrieden mit der öffentlichen Sicherheit und dem Schutz vor Kriminalität sind, hat sich in Frankfurt in den letzten 5 Jahren verdreifacht“, bezog sich Siegler auf die städtische Bürgerumfrage vom Dezember 2002. Diese Entwicklung sei das Ergebnis der von Sicherheitsdezernent Schwarz (CDU) umgesetzten Projekte und der intensiven Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften des Ordnungsamtes in der Innenstadt und eben der Videoüberwachung.



Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Stephan Siegler im Gespräch mit dem Leiter der Fernmeldeleitstelle, Polizeioberrat Ommert

Neue Kameras im Bahnhofsviertel

„Mit dem Etat-Antrag (E 21) wollten wir vier neue Videokameras am Bahnhofsvorplatz und am Kaisersack installieren“, erinnerte Siegler an den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP. Durch den zur

Verfügung gestellten Betrag in Höhe von 100.000 € und durch eine effiziente Planung könne man auch schon mit nur drei neuen Kameras und zwei weiteren Standorten die wichtigsten Kriminalitätsschwerpunkte überwachen. Das Bahnhofsviertel stelle bekanntermaßen einen der Kriminalitätsbrennpunkte im Stadtgebiet dar. Für die Aufrechterhaltung des Sicherheitsstandards ist mittlerweile die dauerhafte Abstellung einer hohen Anzahl zusätzlichen Personals zu den bereits vorhandenen starken Revierkräften und der Sonderkommandos der Direktion Mitte erforderlich. Insbesondere der Rauschgifthandel wird durch die Verkehrsinfrastruktur im Gegensatz

Fallzahlenentwicklung

Quelle: HPR 8/2003

	1999	2000	2001	2002
Gesamtkriminalität	517	547	463	475
Raub	21	13	11	10
Körperverletzung	28	13	23	20
Sachbeschädigung	3	2	4	2
Verst. gg. AuslG	9	18	27	18
Verst. gg. BtMG	275	295	190	222
Gewaltkriminalität	32	23	22	17
Straßenkriminalität	92	95	88	74

zu anderen städtischen Bereichen in dieser Form erst ermöglicht. Immer wieder lässt man sich zum offenen Konsum nieder, was erhebliche Stö-

rungen und eine empfindliche Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bürger verursacht.

Abschreckung und Beweissicherung

Die Installation einer Videoüberwachungsanlage wird in erheblichem Umfang dazu beitragen, dass potenzielle Täter abgeschreckt werden, Straftaten zu begehen. Allein die Möglichkeit, dass man bei einer Straftat beobachtet werden könnte, ist ausreichende Abschreckung. Darüber hinaus können polizeiliche Beweissicherungs- und Identifizierungsmaßnahmen schneller durchgeführt werden. Ebenso ist dann auch möglich, zeitnah polizeiliche Maßnahmen beim Erkennen von Gefährdungen und Straftaten einzuleiten. Insbesondere bei der Bekämpfung von Straftaten in Zusammenhang mit der offenen Drogenszene wird ein erhöhter Erfolg erwartet.



In der Leitzentrale laufen die Bilder der drei Kameras an der Konstablerwache zusammen und werden ausgewertet.

Mit modernster Technik können die drei Kameras an der Konstablerwache von der Leitzentrale aus ferngesteuert werden.



Foto: Zell

Videoüberwachungsanlagen in Hessen

In Hessen werden zum Ende des Jahres 2003 insgesamt sieben Videoüberwachungsanlagen von den Polizeibehörden – in Kooperation mit den Kommunen – zur Bekämpfung von Kriminalitätsbrennpunkten auf öffentlichen Straßen und Plätzen genutzt. Im Einzelnen handelt es sich um

- den Busbahnhof in Hofheim a. Ts. (seit 29. September 2000)
- die Konstablerwache (oberirdisch) in Frankfurt am Main (seit 22. Dezember 2000)
- den Bahnhofsvorplatz in Fulda (seit 21. Juni 2001)
- den Marktplatz in Gießen (seit 19. August 2002)
- den Bahnhofsvorplatz einschl. der Fußgängerunterführung am Bahnhof in Limburg (seit 22. November 2002) und

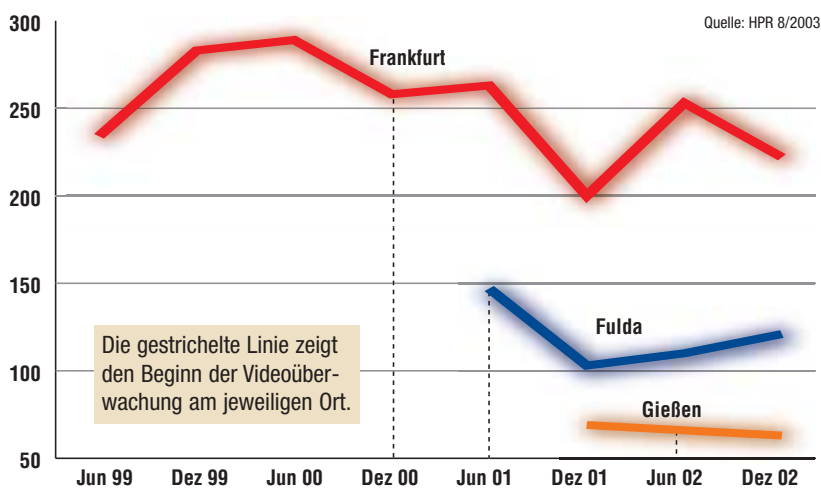
- die Untere Königstraße in der Innenstadt in Kassel (seit dem 04. Dezember 2002)
- am Platz der Deutschen Einheit in Wiesbaden (seit dem 26. Juni 2003)

Fazit

„Die vorliegenden Erfahrungen lassen die Bewertung zu, dass die Videoüberwachung ein geeignetes zusätzliches Mittel ist, um Kriminalitätsbrennpunkte entschärfen zu können, die Polizei und Kommunen bei ihrer Arbeit zu unterstützen und

Städte und Gemeinden sicherer zu machen“, fasste Siegler zusammen. Potenzielle Täter können von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden. Die Videoüberwachung ermöglicht der Polizei beim Erkennen von Gefahrenlagen und Straftaten eine unmittelbare Reaktion, bei begangenen Straftaten erfolgreiche Beweissicherungs- und Identifizierungsmaßnahmen. „Die Videoüberwachung sollte auch bei dieser positiven Bewertung nicht als Allheilmittel, sondern als Teilbeitrag zur Verbesserung der objektiven Sicherheitslage und des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung verstanden werden“, so Siegler abschließend. (az)

Halbjahresvergleich der registrierten Straftaten am Hauptbahnhof



Info

Mit Stand 31. Juli 2003 waren für die Überwachung und Verfolgung von Straftaten insgesamt 17.488 Beamte eingesetzt, die mehr als 145.000 Dienststunden leisteten. Dabei wurden insgesamt 3.021 Strafanzeigen gefertigt (1.427 wegen Drogendelikten) und mehr als 8,5 Kilogramm Drogen sichergestellt.



Aus der Partei

Frankfurter CDU geschlossen für Flughafen ausbau

In demonstrativer Geschlossenheit haben sich die Delegierten des CDU-Kreisverbandes Frankfurt am Main auf dem Kreisparteitag am 11. Oktober 2003 im Bürgerhaus Bornheim für den Ausbau des Frankfurter Flughafens ausgesprochen: Bau einer Werft für die Wartung des Airbus A 380, Bau einer Landebahn im Nordwesten und Bau des Terminals 3 im Süden.



Sind sich einig: Oberbürgermeisterin Petra Roth und der Kreisvorsitzende und Staatsminister Udo Corts.

Roth kritisierte bei ihrer Rede die Haltung von SPD, Grünen und FAG, die einen Antrag ins Stadtparlament eingebracht haben, mit dem der Magistrat dazu verpflichtet werden soll, gegen die Nordwestbahn zu klagen. Sie kündigte ihren Widerspruch an. Die Entwicklung des Flughafens sei für die wirtschaftliche Zukunft der Region von zentraler Bedeutung.



Prof. Manfred Schölich, stellv. Vorstandsvorsitzender und Vorstand Infrastruktur und Rechtsangelegenheiten der Fraport AG

Corts warf der SPD vor: „Wer, wie die Frankfurter SPD gegen die Nordwestbahn klage, könne nicht gleichzeitig für den Ausbau des Flughafens und für den Bau der Airbus-Werft sein.“

Schölich warnte in seinem Vortrag vor einer Ablehnung der Nordwestbahn: „Dann muss alles neu aufgerollt werden, und wir verlieren mindestens 5 Jahre Zeit. Bis dahin ist der Markt davongelaufen“. Die Nordwestbahn sei die einzig mögliche Variante, alle anderen seien nach sorgfältiger Prüfung ausgeschieden. Durch den Ausbau würden 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, davon 80 000 in der Rhein-Main-Region. Das Chemiewerk Ticona stehe der Landebahn dabei nicht im Weg. Statistisch gesehen sei nur mit einem Unfall innerhalb von 100 000 Jahren auszugehen.

Gehl betonte, „Frankfurt ist und bleibt die wichtigste Drehscheibe der Lufthansa“. Er bekannte sich eindeutig zum Standort Frankfurt, wies aber gleichzeitig darauf hin: „Sollte die Wartungshalle für das Großraumflugzeug Airbus A 380 nicht gebaut werden, dann findet das Wachstum an anderer Stelle statt.“ Gehl kritisierte das beabsichtigte Nachtflugverbot: „Die Wirtschaftlichkeit unseres Unternehmens würde durch die dann reduzierten Flugbewegungen dramatisch sinken.“

Boddenberg machte deutlich, dass es den Ausbau des Flughafens nur mit dem Nachtflugverbot geben werde.

Becker stellte fest, „dass der Bau der Werft ein unverzichtbarer Schritt zur Sicherung der Drehkreuzfunktion des Standortes und von Arbeitsplätzen am Frankfurter Flughafen ist“. Er forderte die politischen Gegner der Halle zu einer sachlichen Bewertung der Argumente und keiner bewusst konstruierten Panikmache auf. (tf)



Im Gespräch: Fraktionsvorsitzender Uwe Becker, Generalsekretär Michael Boddenberg und Walter N. Gehl, Bereichsvorstand Service und Personal der Lufthansa AG (v.l.n.r.)

Bundesparteitag: Frankfurter Delegierte einmütig für Gesundheits- und Steuerreform

Nicht nur die neun Bundestagsdelegierten der Frankfurter CDU, auch die restlichen 993 Delegierten des Bundesparteitages am 1. und 2. Dezember 2003 in Leipzig wurden von der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel auf den notwendigen Regierungswechsel in Berlin eingeschworen. Einmütig stimmten die Delegierten den Konzepten der Herzog-Kommission „Deutschland fair ändern“ und damit einem radikalen Kurswechsel in der Sozialpolitik zu. Auch das von Friedrich Merz erarbeitete Steuerkonzept wurde einmütig beschlossen. Das gesamte Steuersystem soll einfacher werden. „Mehr Arbeit und



Im länderübergreifenden Dialog: Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm mit dem Hessischen Wissenschaftsminister Udo Corts

Wachstum, mehr Gerechtigkeit und Zukunftssicherheit“ – das sind die erklärten Ziele für das große Reformprojekt der CDU Deutschlands. (tf)



Parteitagsstimmung in den Reihen der hessischen Delegierten: Generalsekretär Michael Boddenberg, Fraktionsvorsitzender Franz-Josef Jung, Staatsminister Udo Corts, Gudrun Osterburg MdL und Heinz Riesenhuber MdB



Prof. Dr. Daniela Birkenfeld

Daniela Birkenfeld im Frauen-Union Bundesvorstand

Die Kreisvorsitzende der Frauen-Union Frankfurt am Main, die 44-jährige Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, ist auf dem 25. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union (FU) der CDU Deutschlands am 22. November 2003 in Weimar erneut als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt worden. Birkenfeld will sich im Bundesvorstand vor allem für eine Verbesserung der Rechtsstellung junger Familien stark machen und auf die rechtliche Gestaltung eines modernen Familienlastenausgleichs hinarbeiten. Als weiteren Schwerpunkt nannte sie die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Kombination von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit.

Die Frankfurter CDU hat dem Landesvorstand der CDU Hessen Daniela Birkenfeld als Frankfurter Bewerberin für die Landesliste zur Europawahl vorgeschlagen. (tf)



Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, CDU-Bezirksvorsitzender Untermain, und Udo Corts, Staatsminister und Frankfurter Kreisvorsitzender.

Riesenhuber als Bezirksvorsitzender bestätigt

Auf dem Bezirksparteitag des CDU Bezirksverbandes Untermain wurde der Frankfurter Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Heinz Riesenhuber von den Delegierten der Kreisverbände Frankfurt am Main, Offenbach-Stadt, Offenbach-Land, Main-Taunus und Hochtaunus erneut als Bezirksvorsitzender bestätigt. Der Frankfurter CDU-Kreisvorsitzende und Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst,

Udo Corts, hielt eine Rede über die Zukunft Hessens als Kultur- und Wissenschaftsland. Die Interessen der Frankfurter CDU werden im Bezirksvorstand von der Stadtverordneten Daniela Birkenfeld und dem Stadtrat Edwin Schwarz vertreten, die als Beisitzer gewählt wurden. Der Frankfurter Kreisgeschäftsführer Thomas Feda bleibt weiterhin Bezirksgeschäftsführer. (tf)

Operation sichere Zukunft

Haushaltssanierung 2004 • Strukturen erneuern • Zukunftsperspektiven erhalten

Von
Boris Rhein MdL



Die Ausgangslage

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist dramatisch. Auch ein wirtschaftsstarkes Land wie Hessen bleibt davon nicht verschont. Wenn den zukünftigen Generationen nicht erdrückende Schuldenberge aufgebaut werden sollen, besteht dringender Handlungsbedarf.

Die verfehlte rot-grüne Wirtschaftspolitik hat zu der höchstproblematischen Situation geführt, dass drei Jahre lang kein Wirtschaftswachstum mehr stattgefunden hat. Dies hat es bislang in Deutschland noch nie gegeben.

Das Versagen von Rot-Grün, das auch den Ländern die Luft zum Atmen nimmt, wird besonders deutlich an der im Laufe des Winters zu erwartenden Arbeitslosenzahl von 5 Millionen. Aber auch fahrlässige Tarif- und Besoldungserhöhungen und zusätzliche Versorgungslasten, die mit 700 Mio. Euro zu Buche schla-

gen, und eine handwerklich schlecht gemachte rot-grüne Steuerreform, die zu einem drastischen Absinken des Körperschaftsteueraufkommens geführt hat, zeigen: Die Lage in Hessen ist keineswegs hausgemacht. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Krise werden nun sehr konkret und schmerzlich.

Die öffentliche Hand hat in den letzten drei Jahren versucht, antizyklische Haushalte in gerade noch verantwortbarem Umfang zu realisieren und dabei in hohem Umfang Schulden aufgenommen. Dies war jedoch nur so lange vertretbar, wie die berechnete Hoffnung bestand, dass nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum einen Ausgleich dieser temporären Mehrverschuldung ermöglicht. Diese Erwartung ist aufgrund der wirtschaftsfeindlichen und arbeitsmarktpolitisch desaströsen Politik der Bundesregierung nicht mehr zu rechtfertigen.

Selbst wenn man eine Nettoneuverschuldung des Landeshaushalts bis hin zur verfassungsmäßigen Grenze in Höhe von 900 Mio. Euro akzeptiert, kann ein Fehlbetrag in einer

Größenordnung von knapp 2,7 Mrd. Euro nicht ausgeglichen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 40 Prozent der Landesausgaben nicht beeinflussbar sind. Dazu gehören der Länderfinanzausgleich, der Kommunale Finanzausgleich und der Schuldendienst.

Unter der Zielsetzung, dass die Netto-neuverschuldung mit 900 Mio. Euro das Niveau der Investitionen nicht überschreiten soll (Verfassungsgrenze), unter der Berücksichtigung entlastender Effekte durch verschiedene bundespolitische Maßnahmen in einer Größenordnung um 300 Mio. Euro und unter der Maßgabe, dass Hessen durch ein Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform Minder-einnahmen finanzieren muss, verbleibt ein Handlungsbedarf von 1 Mrd. Euro.

Ein solches Einsparvolumen ist nur zu erzielen, wenn ein hartes und sicher auch vielfach schmerzhaftes Sanierungs- und Sparprogramm begonnen wird.

Die Maßnahmen

■ Um Potenzial zur Personalkosten-senkung und zum Stellenabbau zu schaffen sowie gleichzeitig einen Produktivitätsgewinn zu erzielen, wird die Arbeitszeit der Beamten nach Alter gestaffelt: bis zum 50. Lebensjahr von derzeit 38,5 (dies ist mit dem Bund zusammen die niedrigste Wochenarbeitszeit bundesweit) auf 42 Stunden, bis zum 60. Lebensjahr auf 41 und ab dem 60. Lebensjahr auf 40 Wochenstunden. Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer bis zum 50. Lebensjahr wird um eine Stunde erhöht, zwischen dem 50. und dem 60. Lebensjahr um eine halbe Stunde. Für Lehrkräfte über 60 Jahre bleibt es bei der bisherigen Regelung.



Dies zusammengenommen ergibt einen Produktivitätsgewinn von rund 4750 Stellen.

■ Das Weihnachtsgeld wird für aktive Beamte auf 60 Prozent gekürzt, für Pensionäre auf 50 Prozent, wobei die Kinderkomponente von der Kürzung ausgenommen bleibt.

■ Das Urlaubsgeld wird ab der Besoldungsgruppe A9 gestrichen; bis zur Besoldungsstufe A8 bleibt ein Festbetrag von 166,17 Euro (zum Vergleich: in Bayern sind es nur 100 Euro, in Baden-Württemberg und NRW wird es ganz gestrichen).



Hessens CDU-Generalsekretär Michael Boddenberg MdL erläutert den Mitgliedern der Frankfurter CDU bei einer Stadtkonferenz am 6. Oktober im Bürgerhaus Nordwest die Eckdaten des Sparkonzeptes.

Absichtlich wurde davon Abstand genommen, die Lebensarbeitszeit – etwa bei Polizeibeamten – zu verlängern und Kürzungen bei der Beihilfebemessung vorzunehmen.

Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamten führt zu einem Entlastungsvolumen von 53 Millionen Euro, die Kürzung des Weihnachtsgeldes zu einem Entlastungsvolumen von 121 Millionen und die Streichung des Urlaubsgeldes zu einem Einsparbetrag von 21,5 Millionen.

■ Zur besseren Kostendeckung werden die Gebührensätze und die Widerspruchsgebühren angehoben (Entlastungsvolumen: 21 Mio.),

Langzeit- und Zweitstudierende werden künftig mit einer Mindestgebühr von 500 Euro pro Semester belegt (24 Mio.) und regulär Studierende haben künftig eine Verwaltungskostengebühr von 50 Euro je Semester zu entrichten (15 Mio.).

■ Eine weitere Aktivierung von Landesvermögen in einer Größenordnung von 375 Mio. Euro ist ebenso geboten wie die Kürzung der Sachkosten der Regierungsressorts um 7,5 Prozent (75 Mio.).

■ Die Bauinvestitionen (Landesstraßenbau und staatlicher Hochbau) werden um 60 Mio. Euro gekürzt und Verwaltungsstandorte konzentriert werden, so durch Reduzierung der 46 Finanzämter, der 13 Staatsbauämter, der 85 Forstämter und der 58 Amtsgerichte.

■ Unumgänglich sind auch Kürzungen bei den Subventionen und freiwilligen Leistungen des Landes um 33,3 Prozent je Ressort, was zu einer Entlastung des Haushaltes um 127 Mio. führt.

■ Weitere Einsparungen ergeben sich durch die Umstellung der Kfz-Steuer (15 Mio.), die Reduzierung der Ansätze für die Erstattungen nach dem Landesaufnahmegesetz (23 Mio.), die Reduzierung des Ansatzes für Wohngeldzahlungen (15 Mio.) und sonstige Maßnahmen (zusammen 144,5 Mio.).

Im Sozialhaushalt wurden Kürzungen in Höhe von 30,1 Mio. Euro bei einem Gesamtsparziel von 1 Milliarde vorgenommen. Die Bereiche Kinderbetreuung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Sprachförderung, Altenpflegeausbildung und die Frühförderung Behinderter sind bewusst ausgenommen worden.

Die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen machen deutlich, dass Sozialpolitik nicht unabhängig von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden

Nicht nur in Wiesbaden gab es Protestkundgebungen gegen Studiengebühren und „Sozialabbau“: Ihrem Unmut über die geplante Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten und die Kürzungen im Sozialbereich machten am 29. Oktober 2003 rund 800 Studierende vor der CDU-Kreisgeschäftsstelle Luft. Die Büroräume mussten mit massivem Polizeiaufgebot geschützt werden. Im Norden beklebten einige Teilnehmer der Demonstration Eingangstür und Schaufenster des CDU-Stadtteilbüros Nordend (siehe Bild unten) u.a. mit Anti-Koch-Parolen.



kann. Trotz schmerzlicher Einschnitte wird der soziale Friede gerade nicht gefährdet. Dies wäre vielmehr dann zu befürchten, wenn nicht gehandelt und der Erosion der öffentlichen Haushalte einfach zugeschaut würde, denn dann wären in Kürze auch die absoluten Pflichtaufgaben des Staates – Schule und Polizei – nicht mehr finanzierbar.

An den sicher nicht populären und für alle Beteiligten schmerzhaften Einschnitten führt kein Weg vorbei. Wenn wir weiter großzügig über unsere Verhältnisse leben, bürden wir kommenden Generationen kaum abzubauenen Lasten auf. Der Ministerpräsident und die CDU-Fraktion haben sich gegen einen solchen verantwortungslosen Weg entschieden.

Das Maßnahmenpaket schöpft kurzfristiges Einsparpotenzial aus und führt zu strukturellen und weit über das Jahr 2004 hinausgehenden Verbesserungen des Verhältnisses von Einnahmen und Ausgaben. Wenn dann das Wirtschaftswachstum wieder einsetzt, hat Hessen die Chance, unter den Bundesländern ganz vorn dabei zu sein. ■

Neumitglieder besuchen Landtag

Über 60 Neumitglieder waren am 25. November 2003 der einmal im Jahr traditionellen Einladung der Frankfurter Landtagsabgeordneten in den Hessischen Landtag gefolgt. Der Kreisvorsitzende Udo Corts ließ es sich dabei nicht nehmen, die neuen Mitglieder am Eingang per-



Der Frankfurter Kreisvorsitzende Udo Corts begrüßt die Parteifreundinnen und Parteifreunde im Foyer des Hessischen Landtags.



Die Frankfurter Landtagsabgeordneten stellen sich der Diskussion. Im Bild (v.l.n.r.) Ulrich Caspar, Michael Boddenberg, Boris Rhein und Gudrun Osterburg.

sönlich in Empfang zu nehmen und zu begrüßen. Nach einer Führung durch das Schloss stand die Teilnahme an der Plenarsitzung auf der Tagesordnung. Redner aller vier im Landtag vertretenen Parteien diskutierten sehr „hitzig“ über den Haushalt des Landes Hessen. Am Schluss der Etat-Debatte erläuterte der Hes-

sische Finanzminister Karlheinz Weimar die Sparvorhaben der Landesregierung. In der abschließenden „gemeinsamen Runde“ konnten die Neumitglieder den Frankfurter Landtagsabgeordneten Fragen stellen, Anregungen geben und mit ihnen über aktuelle politische Themen diskutieren. (tf)

Landesarbeitskreis Polizei – Siegler stellv. Vorsitzender

Der 38-jährige Polizeibeamte Stephan Siegler, Stadtverordneter und Kreisvorsitzender der CDA Frankfurt am Main, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landesarbeitskreises Polizei der CDU Hessen gewählt. Vorsitzender ist der Leiter der Hessischen Polizeischule Alfred Kayser. Siegler ist Vorsitzender des Ausschusses Recht und Sicherheit in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. (tf)



Stephan Siegler

CDU-Zukunftskongress „Innovatives Hessen“

Beim Zukunftskongress der hessischen CDU am 18. Oktober 2003 bei der Firma Proবাদis im Industriepark Höchst konnten sich die Teilnehmer aus ganz Hessen über aktuelle Innovationsprogramme und interessante Unternehmensideen ein Bild machen und mit Unternehmern über die jeweiligen Chancen und Risiken, aber auch politischen Handlungsbedarf reden. Ministerpräsident Roland Koch betonte, Hessen verfüge über Ressourcen, die auch in Zukunft wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen. Diese müssten allerdings richtig eingesetzt und gefördert werden. Neben den traditionellen hessischen Wirtschaftszweigen – Pharma-, Automobil- und Chemieindustrie sowie Banken – stellte er vor allem die Biotechnologie und Nano- und Materialwirtschaft heraus. Deutschland brauche mehr



Teilnehmer am Kongress (v.l.n.r.): Die Landtagsabgeordneten Axel Wintermeyer, Volker Hoff und Alfons Gerling, Ministerpräsident Roland Koch, Fraktionschef Franz-Josef Jung, Regierungssprecher Dirk Metz

Ideen und Visionen in Wissenschaft und Forschung. „John F. Kennedy hat in einer Wirtschaftskrise den Flug zum Mond als Vision formuliert. Gerhard Schröder macht das nicht, weil er Angst hat, dass er als Passagier nominiert wird“, sagte Koch. (tf)

Koch und Cortes verliehen den Hessischen Film- und Kinopreis erstmals in Frankfurt

Zum ersten Mal wurde die Verleihung des Hessischen Film- und Kinopreises gemeinsam mit der Frankfurter Buchmesse veranstaltet. Im Rahmen einer von Anna Thalbach und Hans Zischler moderierten Galaveranstaltung am 9. Oktober im Congress Center der Messe hat Ministerpräsident Roland Koch zusammen mit Buchmesse-Direktor Volker Neumann und weiteren prominenten Persönlichkeiten die mit insgesamt 177.000 Euro dotierten Preise übergeben. Zu den Laudatoren zählten die Schauspieler Götz Otto, Esther Schweins, Katrin Sass sowie der Schriftsteller Bodo Kirchhoff.

Auf Initiative des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst und Kreisvorsitzenden der Frankfurter CDU, Udo Cortes, wurde der Hessische Film- und Kinopreis bewusst mit der Frankfurter Buchmesse verbunden. Der Film- und Medienstandort Hessen soll durch die Verknüpfung mit der weltweit bedeutendsten Veranstaltung für Inhalte gestärkt werden. „Die Anregungen zu diesem

Schritt kamen von Verlegern und Produzenten, das Interesse ist groß“, sagte der Minister.

Literatur und Film sind erfolgreiche Partner – eine große Zahl internationaler Kinohits basiert auf Verfilmungen von literarischen Textvorlagen, Romanen und Erzählungen. Dies ist in Deutschland ein erfolgreiches Produktionsmuster, das auch in Hollywood Filmpreise erzielen kann. So erhielten mit „Nirgendwo in Afrika“ von Caroline Link, basierend auf dem Roman

von Stefanie Zweig, und Volker Schlöndorffs „Die Blechtrommel“ zum Roman von Günter Grass zwei deutsche Literaturverfilmungen den „Oscar“ für den besten ausländischen Film.

Mit der diesjährigen Verlegung der Filmpreisverleihung von Wiesbaden nach Frankfurt als ein besonderer Programmpunkt des neuen Bereichs Film & TV der Buchmesse sind die Bedürfnisse der Film- und Buchbranche noch effektiver aufeinander abgestimmt worden. (tf)



Wissenschaftsminister Udo Cortes bei der Begrüßung der über 700 Gäste aus Film, Kultur, Wirtschaft und Politik



„Die Aufnahme der Spätaussiedler und der Einsatz für eine schnelle und gelungene Integration ist für uns eine moralische Verpflichtung“, Rudolf Friedrich

UdV Hessen: Rudolf Friedrich als Landesvorsitzender bestätigt

Auf dem Landesverbandstag der Union der Vertriebenen Hessen (UdV) in Neu-Anspach/Taunus wurde Rudolf Friedrich, langjähriger Landtagsabgeordneter und jetziger Landesbeauftragter der Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, von den Delegierten einstimmig als Landesvorsitzender bestätigt. In seiner Rede betonte Friedrich, dass für die

UdV als Vereinigung in der CDU Hessen die Aufnahme der Spätaussiedler und der politische Einsatz für eine schnelle und gelungene Integration eine moralische Verpflichtung sei. Friedrich führt den Landesverband seit 1980. Als Beisitzer aus Frankfurt am Main wurden Justus Schieback und Gisela Zalewski in den Landesvorstand gewählt. (tf)

Generationswechsel in der Senioren-Union Frankfurt am Main: Christof Warnke neuer Vorsitzender

Die Mitgliederhauptversammlung der Senioren-Union der CDU-Kreisvereinigung Frankfurt am Main wählte am 4. November 2003 mit überwältigender Mehrheit den 64-jährigen Pfarrer i. R. Christof Warnke zum neuen Vorsitzenden. Er löste die langjährige Vorsitzende und ehemalige Stadtverordnete Sieglinde Fedel ab, die auf eigenen Wunsch nicht mehr kandidierte. Die Mitgliederhauptversammlung wählte sie zur Ehrenvorsitzenden. Zu Warnkes Stellvertretern wurden die Stadtverordnete Hildegard Burkert, der Stadtverordnete Herbert Kasper und der Ortsbeirat Hans-Dieter Schnell gewählt. Warnke kündigte an, sich vor allem mit der bevorstehenden Europawahl zu beschäftigen. Weiterhin werde die Senioren-Union die Themenfelder der Politik, die hauptsächlich die älteren Menschen betreffen, aufgreifen und bearbeiten. Insbesondere die anstehenden Diskussionen um die Änderungen der Sozialversicherungssysteme müssten thematisiert und diskutiert werden.

Sieglinde Fedel: Grande Dame der Frankfurter CDU

Von Petra Roth und Udo Corts

Sieglinde Fedel hat jahrelang die Frankfurter Senioren-Union geleitet, an deren Gründung sie beteiligt war. Sie wurde nun zur Ehrenvorsitzenden gewählt, wozu wir ihr herzlich gratulieren möchten. Sehr viele Frankfurterinnen und Frankfurter haben Sieglinde Fedel in diesem Amt kennen gelernt, andere bei ihrem Engagement als langjährige Betriebsrätin, als Sozialpflegerin und vor allem als Stadtverordnete, die ihre Schwerpunkte im Jugend- und Sozialausschuss sowie im Gesundheitsausschuss hatte.

Mit unglaublicher Energie und sozialem Sinn hat sie sich jahrzehntelang für die Belange der Menschen eingesetzt. Dazu gehörte nicht nur die Schaffung von geriatrischen Abteilungen in Krankenhäusern, sondern auch wichtige, für manchen ungewöhnliche Initiativen: Sieglinde Fedel ging auf Obdachlose zu, denen sie Schlafsäcke schenkte; in hilfreicher Weise ging sie auch auf Prostituierte zu. Sie trat relativ früh für die kontrollierte Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige ein. Dabei ist sie immer eine loyale Kämpferin geblieben, der alle Hochachtung zollen. Sie gab wichtige Impulse, zeigte persönliche Hinwendung und gewann durch ihre



Die scheidende Vorsitzende der Senioren-Union mit ihrem Nachfolger Pfarrer i. R. Christof Warnke

menschliche Ausstrahlung große Zuneigung. Sie war und ist stets gut vorbereitet und damit ein Aushängeschild für die CDU. Für das Stadtparlament zog die Presse das Fazit: „Wenn sie spricht, sind die anderen alle ruhig.“ Sie war dort eine souveräne Rednerin. Sie leitete zum Beispiel eine konstituierende Sitzung als Alterspräsidentin mit Charme und Würde. Sieglinde Fedel vertritt christliche Werte, wozu eine eindeutige Position gegen die Abtreibung gehört, aber auch Raum für ein Thema wie „Erotik im Alter“ bleibt. Sie schöpft dabei ihre Kraft als überzeugte Katholikin aus dem christlichen Glauben. Sie zeigt ein selten gewordenes Pflichtgefühl und ver-

breitet eine natürliche Fröhlichkeit; dabei musste sie schwere Schicksalsschläge überwinden. Die Senioren-Union hat sie viele Jahre souverän geführt, weshalb man sie zur Ehrenvorsitzenden ernannt hat.

Die Grande Dame der Frankfurter CDU wurde von der Stadt mit den Römerplaketten in Bronze, Silber und in Gold ausgezeichnet und erhielt außerdem den Ehrenbrief des Landes Hessen sowie das Bundesverdienstkreuz. Wir danken Sieglinde Fedel sehr herzlich für alles, was sie für die Frankfurterinnen und Frankfurter und für die Frankfurter CDU geleistet hat, und wünschen ihr alles Gute für ihre Zukunft. ■

Allgemeine Parteiwahlen

In den vergangenen Wochen fanden die allgemeinen Parteiwahlen der 39 Stadtbezirksverbände des CDU-Kreisverbandes Frankfurt am Main statt. Bei den Wahlen wurden die Mitglieder aufgerufen, die Vorstände sowie die Delegierten für die Kreisparteitage neu zu wählen. In einigen Verbänden wurden neue Gesichter an die Spitze gewählt (Redaktionsschluss 5. Dezember). Wir stellen sie Ihnen vor:

CDU Höchst-Unterriederbach:



Hans-Peter Burggraf (48), Gärtnermeister, löst Hans-Georg von Freyberg ab, der den Verband seit dem Tode der langjährigen Vorsitzenden Maria Weber-Wilfert im Frühjahr 2003 kommissarisch führte. Burggraf: „Ich werde mich vor allem für das Entwicklungs- und Sanierungskonzept in Höchst einsetzen.“

CDU Preungesheim:



Hans-Georg Fitzky (37), Bankkaufmann, wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende Robert Lange hatte nach 11 Jahren auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Fitzky hat bereits reichlich Erfahrung mit Parteiarbeit in diversen Funktionen von Junge Union, CDU und CDA erlangt, unter anderem in Kelkheim, Bad Homburg sowie in den neuen Bundesländern. Besondere Anerkennung erlangte Fitzky mit seiner Arbeit für den Internet-

auftritt: www.cdu-preungesheim.de. „Das gute und geschlossene Miteinander bei der CDU Preungesheim ist die Stärke des Verbandes. Diese gilt es weiter zu fördern“, sagte Fitzky.

CDU Bergen-Enkheim:



Markus Graff (37), Jurist und beruflich tätig als Werbeleiter bei der OFB-ProjektentwicklungsgmbH in Frankfurt, löst Gerd Riechmeier ab, der den Verband seit über 40 Jahren geführt hat. Riechmeier wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Graff macht sich für einen Generationswechsel in der Partei stark: „Ich möchte vor allem junge Menschen für die CDU in Bergen-Enkheim gewinnen.“

CDU Westend:



Michael Prinz zu Löwenstein (52), Rechtsanwalt, ist Nachfolger von Hans-Dieter Schnell, der aus Altersgründen nicht wieder kandidierte und zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde. In der Partei werde der zweitgrößte Stadtbezirksverband in Frankfurt am Main verstärkt mit programmatischer Arbeit in lokalen und allgemein politischen Fragen zu wirken versuchen: „Wir werden über den Vorstand hinaus alle Mitglieder zur aktiven Beteiligung einladen.“ Wichtigste Aufgabe in den nächsten zwei Jahren sei die Gewinnung einer Mehrheit für die CDU in der Stadt, um eine klare Richtung und eine auf neue Arbeitsplätze

gerichtete Politik zu ermöglichen“, kündigte Löwenstein an.

CDU Kalbach:



Jan Dominik Schneider (22), Student der Rechtswissenschaften, ist der jüngste Vorsitzende eines CDU-Stadtbezirksverbandes in Frankfurt am Main. Er löst Franz Syha, den langjährigen Ortsvorsteher von Kalbach, ab. Schneider: „Die fortgesetzte Verjüngung der CDU-Führung bietet die Gewähr für die Fortführung unserer erfolgreichen Arbeit für die Bürger des Stadtteils Kalbach.“

Neuwahlen auch im RCDS an der Goethe-Universität Frankfurt am Main



Die Mitgliederversammlung des RCDS Frankfurt am Main (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) hat bei den Vorstandswahlen den 22-jährigen Physikstudenten Florian Schröder einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der neue Vorsitzende möchte sich in den kommenden Wochen besonders dafür einsetzen, dass der RCDS auch über die Neuwahlen zum Studentenparlament im Januar hinaus am Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) der Universität beteiligt bleibt. Schröder ist seit 1999 Mitglied von CDU und Junger Union, gegenwärtig übt er die Funktion des Schriftführers des CDU-Stadtbezirksverbandes Heddernheim aus und ist Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstandes der Jungen Union Frankfurt am Main. (tf)

CDU Gallus/Gutleut und CDU Rödelheim/Hausen feierten gemeinsam den Tag der Deutschen Einheit

Rund 150 Bürgerinnen und Bürger feierten auf Einladung der CDU Gallus/Gutleut und der CDU Rödelheim/Hausen den Tag der Deutschen Einheit.

Vom Gewerbeverein über den Vereinsring; von Stadtteilpolitikern der SPD und Bündnis 90/Die Grünen; vom Karnevalsverein „Die Kameruner“ bis zum türkisch-kurdischen „Mesopotamischen Kulturverein“: wenn das Gallusviertel feiert, dann wird aus dem Tag der Deutschen Einheit schnell ein Tag der Vielfalt. So war es auch am diesjährigen 3. Oktober vor dem CDU-Stadtteilbüro in der Mainzer Landstraße. Der ehemalige Fernsehmoderator Fritz Schenk, Augenzeuge der Ereignisse des 17. Juni 1953, rief den Anwesenden die historisch-politischen Hintergründe des Feiertages in Erinnerung. Thomas Kirchner, Vorsitzender der CDU im Gallus und sein Kollege Alexander Zollmann freuten sich über so viel Resonanz auf Seiten der Stadtteilbewohner. (tf)



Stadtverordneter Markus Frank im Gespräch mit Bürgern

Griesheimer CDU würdigt Ehrenamt

Der Generalsekretär der CDU Hessen, Michael Boddenberg, hat auf dem Griesheimer Abend des Ehrenamtes 2003 das Ehrenamt und die ehrenamtlich tätigen Menschen als Säulen unserer Gesellschaft bezeichnet, ohne die unser Gemeinwesen weder existieren könne noch lebenswert sei.



Michael Boddenberg (links) beim Vortrag

Boddenberg hob hervor, dass 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Hessens ehrenamtliche Aufgaben übernehmen würden. Die restlichen 61 Prozent seien ein Potenzial für unser Land und es gelte, möglichst viele von ihnen für ein Ehrenamt zu gewinnen. Die Landesregierung helfe den ehrenamtlich Tätigen auf vielfache Weise. Als Beispiele führte Boddenberg die Landes-Ehrenamtsagentur an, die als zentrale Service-

stelle für Vereine wirke. Hier könnten Informationen über Rechts- und Steuerfragen, Satzungen, Versicherungsfragen und vieles mehr abgerufen werden. Zusätzlich habe die Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch Verbesserungen beim Versicherungsschutz von ehrenamtlich Tätigen erreicht.

Der Griesheimer Abend des Ehrenamtes, zu dem der Stadtverordnete Peter Wagner und Ortsbeirat Helmut Jäger alljährlich einladen, ist aus dem Gedanken entstanden, den im Stadtteil Griesheim ehrenamtlich tätigen Menschen den Dank der Gesellschaft zu übermitteln. Zudem soll das bürgerschaftliche Engagement in seiner ganzen Vielfalt deutlich sichtbar werden. Daher ist in jedem Jahr ein anderer Verein Gastgeber für den Griesheimer Abend des Ehrenamtes. Bei der diesjährigen Veranstaltung waren über 35 Vertreter von Vereinen, Kirchengemeinden und sonstigen Institutionen im Vereinshaus der Spielvereinigung Griesheim 02 zusammengekommen. (mw)

Fechenheimer CDU begeht traditionell den Tag der Deutschen Einheit

Bundestagspräsident a.D. Philipp Jenninger war zu Gast bei der diesjährigen traditionellen Veranstaltung des CDU-Stadtbezirksverbandes Fechenheim zum Tag der Deutschen Einheit.

Die Fechenheimer CDU feiert seit der Pflanzung einer Eiche im Jahr 1990 zum Gedenken an die deutsche Wiedervereinigung alljährlich diesen geschichtsträchtigen Vorgang. Diesmal fand die Feier erstmals in geographischer Trennung



Von 1984 bis 1988 Präsident des Deutschen Bundestages: Philipp Jenninger

von der Eiche statt. So konnte der Vorsitzende Dieter Kunzler über 150 Gäste im voll besetzten Festzelt der Brauereigaststätte Bierhannes in der Hanauer Landstraße begrüßen. (tf)

Quo vadis soziales Deutschland?

Storm im Architekturmuseum

Andreas Storm, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Gesundheit und soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied in der Herzog-Kommission „Soziale Sicherheit“ sprach am 2. November 2003 im Architekturmuseum zur Reform der sozialen Sicherungssysteme. Eingeladen hatten die CDU-Stadtbezirksverbände Sachsenhausen-Mitte, Bornheim sowie die Senioren-Union und die CDU-Sozialausschüsse.

Zum Thema Gesundheitsreform erläuterte Andreas Storm die Ergebnisse der Kommission zur Finanzierung der Krankenkassenbeiträge am Modell „Gesundheitsprämie“ (Kopfpauschale). Hierbei zahlen alle Bürger eine gleichhohe Prämie, lediglich bei Geringverdienern wird ein Aus-



Foto: Teichmann

Im Bild (v.l.n.r.): Jochem Heumann, Andreas Storm MdB und die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Römerfraktion, Stadtverordnete Hilde Krauß

gleich durch steuerfinanzierte Zuschüsse geschaffen. Der Arbeitnehmer erhält vom Arbeitgeber den Beitrag für die Krankenversicherung als Lohnbestandteil ausgezahlt und übernimmt selbst die Verantwortung der Prämienzahlung. Arbeitgeber und Investoren, so Storm, erhalten

ein deutliches Signal, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht durch einen weiteren Anstieg der Lohnnebenkosten gefährdet wird.

Die Verweigerung der Rentenerhöhung für 2004 bezeichnete Storm wörtlich als „Skandal“. Es sei nicht zu rechtfertigen, den Rentnern die erarbeitete Rentenerhöhung nicht auszuzahlen, zumal die Rentner 2004 zusätzlich noch mit einem höheren Pflegeversicherungsbeitrag belastet werden und die Lebenshaltungskosten steigen.

Der Stadtverordnete Jochem Heumann ergänzte, es bestehe ein großes Informationsbedürfnis für aktuelle sozialpolitische Themen. „Wir müssen die Bürger über die Hintergründe der geplanten Sozialreformen informieren und sie mit ins Boot nehmen“, sagte Heumann. Storm versprach, zu weiteren Gesprächen nach Frankfurt zu kommen.

(Iris Teichmann)

Neue Kreisgeschäftsstelle

Die Kreisgeschäftsstelle der Frankfurter CDU ist umgezogen. Seit Ende November befinden sich die Geschäftsräume des CDU-Kreisverbandes, des CDU-Bezirksverbandes Untermain und die Wahlkreisbüros in der ersten Etage der Zoopassage (Hanauer Landstraße 7).

Auf 300 qm stehen nun ausreichend Büros und ein Sitzungsraum zur Verfügung. Die alten, mit nur 180 qm sehr viel kleineren Räumlichkeiten in der Eschenheimer Anlage 19, die 1995 aus Kostengründen bezogen wurden, waren auf Dauer zu klein und wenig geeignet für die Union in einer Finanz- und Dienstleistungsmetropole wie Frankfurt am Main. Die im Moment für Büroräume günstigen Bedingungen des Mietmarktes haben den Umzug in die Zoopassage möglich gemacht. (tf)



Fotos: Rothberg

Zoopassage mit Wohn- und Bürokomplex und Eingangsbereich der neuen Kreisgeschäftsstelle



Mitarbeiter der Kreisgeschäftsstelle und der Wahlkreisbüros (v.l.n.r.): Max-Josef Meier, Karl-Heinz Schüller, Ursula Linzmeier, Angelika Metz, Kreisgeschäftsführer Thomas Feda, Joachim Lumperda, Brigitte Maus



Hella Welker (links) und Gabriele Müller

Die Region wächst zusammen: EAK Kontakte zu Mainz und zum Hochtaunuskreis

Anlässlich seines Besuches im Frankfurter Bibelmuseum trafen sich der Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) Mainz und die Kreisvorsitzende des EAK Frankfurt am Main. Der Kontakt der beiden Vorsitzenden, Gabriele Müller und Hella Welker wurde inzwischen durch Mitteilungen über Veranstaltungen und Presseveröffentlichungen intensiviert. Im nächsten Jahr soll der Erfahrungsaustausch bei einem Besuch des Frankfurter Vorstandes in Mainz verstärkt werden. Engere Kontakte in Form von gemeinsamen Veranstaltungen sind auch zum EAK Hochtaunus entstanden. (tf)

Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt zu Besuch bei AllessaChemie GmbH

Am 26. November 2003 besuchten die Mitglieder des CDU-Arbeitskreises Wirtschaft und Umwelt die AllessaChemie GmbH am traditionsreichen Frankfurter Chemie-Standort Fechenheim.

AllessaChemie entstand zum 1. Juli 2001 durch Übernahme der Standorte Fechenheim (ehemals Cassella) und Offenbach von der Clariant GmbH. Diese hatte den Bereich Spezialchemikalien 1997 von der Hoechst AG übernommen. Als Vorsitzender der Geschäftsführung führte Karl-Gerhard Seifert in Struktur und Strategie des Unternehmens ein. Seifert, ehemals Vorstandsmitglied der Hoechst AG und CEO der Clariant AG, hatte die beiden Standorte erworben, nachdem bekannt wurde, dass dort ab 2001 ca. 300 Arbeitsplätze abgebaut werden sollten.

Mit der Herstellung organischer Zwischen- und Endprodukte für die weiterverarbeitende Industrie hat AllessaChemie eine neue Strategie zur besseren Auslastung der Produk-

tionsbetriebe entwickelt. Als Vorsitzender der Geschäftsführung der AllessaChemie GmbH betreibt Seifert gemeinsam mit einem erfahrenen Management die traditionsreichen Chemiestandorte mit rund 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. AllessaChemie ist einer der wenigen ehemaligen Hoechst-Standorte mit Sitz und Führung in Deutschland. Das Ziel des Unternehmens ist es, durch konsequente Nutzung der Vorteile eines mittelständischen Unternehmens künftig zu wachsen. (tf)



Standort Fechenheim der AllessaChemie GmbH

5.00 Uhr früh, etwas Gemüse und zwei Stadträte!

„Morgenstund hat Obst und Gemüs´ im Mund“ – mehr als 60 Frankfurter Bürger kamen am 13. November 2003, um ein letztes Mal das Großmarktgelände am Standort am Osthafen zu sehen und Wissenswertes über das neue Frischezentrum in Kalbach im Gewerbegebiet „Am Martinszehnten“ zu erfahren. Veranstalter waren die CDU-Stadtbezirksverbände Sachsenhausen-Mitte und Ostend.

Der Leiter der Marktbetriebe, Herbert Janicke, erläuterte den Besuchern den Umzugsplan und das Konzept des neuen Frischemarktes. Die Gruppen wurden anschließend durch die denkmalgeschützte Großmarkthalle mit ihren Kellergewölben geführt. Zu den frühmorgendlich hellwachen Teilnehmern zählten auch Wirtschaftsdezernent und Stadtrat Nikolaus Burggraf sowie Stadtrat Peter Mensinger.

Das Gelände, auf dem ab 2005 die Europäische Zentralbank ihre neue Zentrale unter baulichem Erhalt der Großmarkthalle errichtet, und der sich daran anschließende Stadtteil Ostend mit der Hanauer Landstraße „sind dann nicht mehr der Hinterhof, sondern eine der Schokoladenseiten Frankfurts“, wie Vorsitzender Jochem Heumann (CDU Sachsenhausen-Mitte) betonte. (Iris Teichmann)



Morgens früh in der Großmarkthalle (v.r.n.l.): Stadtrat Peter Mensinger, Stadtverordneter Jochem Heumann und Günter Pfaff, Ehrenvorsitzender der CDU Sachsenhausen-Mitte



Presse- arbeit



Ulrich Caspar
Landtagsabgeordneter
und Stadtrat

Frankfurt-Rhein-Main muss wettbewerbsfähig bleiben

Der Frankfurter Landtagsabgeordnete und frühere Umlandsverbandsabgeordnete Ulrich Caspar (CDU) setzt sich dafür ein, dass alles getan werden müsse, um die Region Frankfurt-Rhein-Main wettbewerbsfähig im Vergleich zu London, Paris, Amsterdam und Brüssel zu halten.

In den genannten Metropolen Europas würden sportliche Großrichtungen und Kulturinstitutionen auf höchstem internationalem Niveau zur Verfügung stehen. Caspar befürchtet, dass wenn für die Aufrechterhaltung und Finanzierung international bedeutender Kultureinrichtungen und Großsportstätten nur die 650.000 Einwohner der Kernstadt Frankfurt am Main herangezogen würden, ein Wettbewerb mit anderen europäischen Metropolen auf Dauer nicht zu bestehen sein werde. Dies würde auch den Nachbarstädten und -gemeinden Frankfurts erheblich schaden, so Caspar.

„Wenn man zur Aufrechterhaltung der polyzentrischen Struktur des Rhein-Main-Gebiets auf Eingemeindungen verzichten will, muss man eine Form der Finanzierung der ganzen Region für regionale Sporteinrichtungen wie das Stadion oder Kultureinrichtungen wie Opern- und Bühnenbetriebe finden. Es geht um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region“, so Caspar. ■



Boris Rhein MdL
Vorsitzender des Rechts-
ausschusses im Hessi-
schen Landtag und Vor-
sitzender der CDU Dorn-
busch.

Rhein für Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst

Der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein hat eine gesetzliche Regelung begrüßt, die das Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst des Landes verbieten wird. Rhein sagte, das Tragen des Kopftuches sei nicht nur ein Glaubensbekenntnis, sondern es sei eine politische Demonstration. Diese habe weder an Schulen noch in Amtsstuben etwas zu suchen. Das Mäßigungsgebot in unserer Verfassung, das für Lehrkräfte und Beamte gleichermaßen gelte, lasse die Demonstration eines bestimmten Bekenntnisses nicht zu.

Rhein wies darauf hin, dass das Kopftuch geeignet sei, religiöse Gefühle von Schülern zu beeinträchtigen. Nicht einmal der Islam schreibe der muslimischen Frau vor, ein Kopftuch tragen zu müssen. Der Abgeordnete wies darauf hin, dass die Verfassung auf einer christlich-abendländischen Tradition gründe und eine Werteordnung darstelle, an die sich Lehrerinnen und Lehrer und sonstige Beamte zu halten hätten. Als völlig unverständlich bezeichnete er die derzeitige Rechtsprechung. Rhein: „Ich kann nicht nachvollziehen, wie es möglich sein kann, dass Kreuzfixe an unseren Schulen untersagt werden und das Tragen von Kopftüchern erlaubt sein soll!“ Rhein warnte vor falsch verstandener Toleranz, die eine breite Mehrheit der Deutschen nicht bereit sei mitzutragen. ■



Udo Corts
CDU-Kreisvorsitzender
und Staatsminister für
Wissenschaft und Kunst

Keine Sonderregelung für Langzeitstudenten

Angesichts der Proteste von Studierenden hat der Hessische Wissenschaftsminister und Frankfurter CDU-Vorsitzende Udo Corts auf die Angemessenheit der geplanten Gebühren für Langzeitstudenten hingewiesen. „Wir stellen an zwölf Landeshochschulen eine außerordentlich aufwendige Infrastruktur für die akademische Ausbildung bereit, sie muss auch effizient genutzt werden können“, sagte der Minister. Es gehe nicht an, dass eine Minderheit von Studenten, die die Regelstudienzeit um mehr als die Hälfte überziehe, wertvolle Studienplätze blockiere. Zumindest müssten diejenigen Studenten, die für die Verlängerung ihres Studiums nicht gute Gründe vorbringen könnten, an den Kosten beteiligt werden. Diese Maßnahme habe mittelfristig auch steuernden Charakter, so Corts, denn sie werde zur allgemeinen Verkürzung der Studienzeiten beitragen.

Studiengebühren seien in Deutschland längst kein Tabu-Thema mehr, betonte der Minister, wenn auch nicht immer öffentlich, werde darüber inzwischen in allen Parteien auf Bundesebene diskutiert. „In Zeiten, in denen alle Bereiche des öffentlichen Lebens angesichts der Wirtschaftslage in Deutschland erhebliche und zum Teil sehr schmerzvolle Einsparungen erbringen müssten, sind auch Gebühren für Langzeitstudenten vertretbar“, sagte Corts. ■



Aus der Fraktion

Messe Frankfurt

Standortsicherung durch Internationalisierung

Seit mehr als 750 Jahren finden in Frankfurt Messen statt. Heute ist die Messe Frankfurt – deren Gesellschaftsanteile zu 60 Prozent der Stadt Frankfurt und zu 40 Prozent dem Land Hessen gehören – eine der wenigen Global Player im Messengeschäft: Pro Jahr werden rund 100 Messen veranstaltet, davon rund 50 außerhalb Frankfurts an 28 Standorten weltweit.

„Die Messe Frankfurt organisiert die weltweit führenden Leitmessen im Textil-, Konsumgüter- und Technologie-Bereich.“ – der Geschäftsführer der Messe Frankfurt, Michael von Zitzewitz, begrüßte die Stadtverordneten der CDU-Fraktion, die am 12. November zu ihrer Fraktionssitzung in das Forum der Messe gekommen waren. Die internationale Ausrichtung unter dem Motto 'think global – act local' findet ihre Entsprechung in einem weit verzweigten Repräsentantennetz von über 50 Büros, zuständig für 116 Länder, sowie in der Arbeit von insgesamt 15 Tochtergesellschaften im Ausland.



Der Messe-Geschäftsführer Michael von Zitzewitz ist stolz darauf, dass der Konzernumsatz 2002 mit rund 335 Millionen Euro eine neue Höchstmarke in der Geschichte des Unternehmens erreichte.

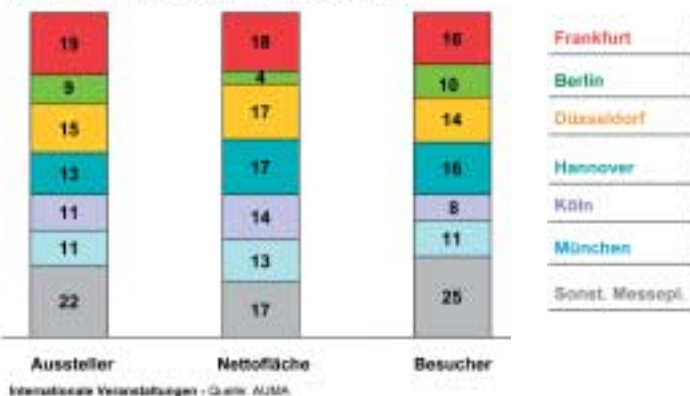
Die Internationalisierungsstrategie der Messe Frankfurt umfasse zwei Dimensionen: Zum einen gingen die Marketing-Anstrengungen dahin, den Auslandsanteil der Veranstaltungen hier in Frankfurt weiter zu erhöhen. Im vergangenen Jahr betrug der Anteil ausländischer Aussteller auf unseren internationalen Leitmessen 64,5%. „Die zweite Stoßrichtung unserer Internationalisierungsstrategie besteht im „Roll out“ Frankfurter Messethemen ins

Ausland im Rahmen unserer Brandstrategie“, sagte von Zitzewitz. Um diese Strategie effizient umsetzen zu können, brauche man auch eine effiziente Struktur. Zukünftig werden die zwei unternehmerischen „Kernkompetenzen“, – das Veranstaltungsgeschäft und das Geländemanagement, in zwei eigenständigen Gesellschaften organisiert und durch die Führungs- und Steuerungsaufgaben der Holding unterstützt. Dadurch erreiche man eine größere Flexibilität, um Eigenveranstaltungen weltweit unabhängig durchführen zu können und um die heutige Angebotsstruktur erweitern zu können.

Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker ist sich sicher, dass „die Messe für die zukünftigen Aufgaben gut aufgestellt sein wird“. Im Vergleich zu anderen Messen sei die Messe Frankfurt bei allen wichtigen Mengendaten unbestrittener Marktführer (s. Grafik). „Darauf sind wir zurecht stolz“, so Becker abschließend. (az)

Messe Frankfurt - Konkurrenzvergleich

Marktanteile (in %) ausgewählter Messeplätze 2002



Uwe Becker wird neuer Geschäftsführer der CDU-Fraktion

Der CDU-Fraktionsvorstand hat Uwe Becker am 5. November einstimmig zum neuen Geschäftsführer ab dem 1. April 2004 gewählt.

Der Vorstand der CDU-Fraktion hat den Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker einstimmig als Nachfolger für den Geschäftsführer Klaus Vowinkel bestimmt. Becker übernimmt die Funktion ab April 2004, da Vowinkel im Frühjahr 2004 die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren erreichen wird. „Ich danke Herrn Vowinkel für seine Loyalität, Zuverlässigkeit und sein Engagement, das er mir in den letzten zweieinhalb Jahren entgegengebracht hat“, sagte Becker. Vowinkel habe in den zurückliegenden Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet und die Fraktionsgeschäfte sehr professionell geführt. Becker übernehme von ihm eine hochmoderne Geschäftsstelle.

Dass zukünftig Fraktionsvorsitz und Geschäftsführung in einer Hand lägen, diene der Vernetzung von politischen Schwerpunkten der Fraktionsführung einerseits und der administrativen Leitung der Geschäftsstelle andererseits. Auch die



Der Fraktionsvorsitzende und der Fraktionsgeschäftsführer in der ersten Reihe der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung (v.l.n.r.)

Zusammenarbeit im Römer mit anderen Fraktionen oder Dienststellen werde dadurch noch effizienter gestaltet. „Wir knüpfen nahtlos an die Tradition von Vorgängern an, wie z.B. Edwin Schwarz und Horst Hemzal, die ebenfalls beide Funk-

tionen miteinander kombiniert hatten“, erinnerte Becker.

Auch die frühzeitige Klärung einer Nachfolgeregelung sei ein Zeichen für Offenheit und Transparenz in der CDU-Fraktion. „Wir wollen keinen Anlass für irgendwelche Spekulationen geben und haben deshalb frühzeitig entschieden und nach außen kommuniziert“, sagte Becker. (az)



Management by Korridor: Uwe Becker und Klaus Vowinkel in der Geschäftsstelle

Zur Person:

Uwe Becker ist 34 Jahre alt, verheiratet, Vater von Zwillingen und wohnt in Nieder-Eschbach.

2001 ist er zum jüngsten Fraktionsvorsitzenden im Römer gewählt worden.

Im Porträt: Lothar Stapf



Lothar Stapf ist am 01. Oktober 2003 für den Stadtverordneten Nelson Jung nachgerückt, der im Rahmen seiner beruflichen Ausbildung nach London gezogen ist. Der Ginnheimer sitzt in den Ausschüssen Planen und Bauen, Jugend und Soziales sowie Frauen.

Stapf ist 1943 geboren, verheiratet und Vater von vier erwachsenen Kindern. Der 60-jährige hat eine besonders enge Bindung zu seinen Kindern, Schwiegertöchtern, – söhnen und seinen fünf Enkelkindern und die wenig verbleibende Zeit verbringt er mit seinen Hobbies Wandern und Skifahren.

Der selbstständige Elektroingenieur ist seit 1974 CDU-Mitglied und seit 1989 Mitglied im Vorstand des Stadtbezirksverbandes Dornbusch. Erfahrung in der Frankfurter Kommunalpolitik konnte er 1984 im Ortsbeirat 3 (Nordend) sowie zwischen 1991 und 1997 im Ortsbeirat 9 (Dornbusch, Eschersheim, Ginnheim) sammeln, zuletzt als Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Stapf studierte Regelungstechnik an der TH in Darmstadt und plant für Unternehmen elektrische Steuerungen. Eine seiner jüngsten Arbeiten ist die Steuerung für die hydraulische Druckanlage im Schauspielhaus, mit der sämtliche Bewegungen der Bühnentechnik wie zum Beispiel der eiserne Vorhang ausgelöst werden. Aber auch elektrische Steuerungen für Crash-Tests in der Automobilindustrie gehören zu seinen Aufgaben. (az)

13 Fragen an Lothar Stapf:

Wie erklären Sie Ihren Freunden, was Sie tun?

Ich möchte einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung in unserem Staat leisten.

Was sollte ein Kommunalpolitiker nie tun?

Unseren Rechtsstaat verleugnen.

Was muss ein Kommunalpolitiker unbedingt können?

Den Kontakt zur Basis beibehalten.

Warum sollten junge Menschen in die Politik gehen?

Um ihre staatsbürgerliche Verantwortung zu dokumentieren.

Ein Buch, das ein Politiker unbedingt gelesen haben muss?

Das Grundgesetz, die hessische Verfassung

Ihre Lieblingspersönlichkeit?

Privat: meine Frau
Politisch: Bismarck, Adenauer, Kennedy, Kohl

Ein Meisterleistung der Politik war ...?

Die Wiedervereinigung

Welche Eigenschaften schätzen Sie an einem Menschen?

Aufrichtigkeit, Gradlinigkeit, Ehrlichkeit

Ihre Lieblingsbeschäftigung?

Familienkontakte

Was verabscheuen Sie am meisten?

Verlogenheit, Intrigieren

Ihr Lebensziel?

Ausgeglichenes Familienleben, abends zufrieden zu Bett gehen

Was ist für Sie das vollkommene Glück?

Siehe oben

Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen?

Weisheit, Barmherzigkeit

Im Porträt: Dr. Horst Kraushaar

Dr. Horst Kraushaar rückte für den im September verstorbenen Heinz Daum nach. Seit 1975 im Nordend wohnend, sitzt er in den Ausschüssen Gesundheit, Umwelt sowie Jugend und Soziales.

Kraushaar ist 1946 geboren, verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Er gehört dem Ortsbeirat 3 (Nordend) seit 1993 an. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Rudolf Friedrich führte ihn 1986 in die Partei ein. Sein ehrenamtliches Engagement in der Politik begründet Kraushaar auch damit, dass er nicht zu denen gehören will, die zwar kritisieren, aber keine Lösungen angehen.

Im Hessischen Ministerium für Ländlichen Raum, Umwelt und Verbraucherschutz ist der 57-jährige zuständig für die Lebensmittelüberwachung, Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Letzteres ein hochaktuelles politisches Thema, das im Regierungsprogramm außerordentliche Priorität genießt.

Davor war der Jurist 20 Jahre lang als Staatsanwalt im Bereich der international organisierten Drogen- und Falschgeldkriminalität tätig. Er befragte damals exklusiv den größten bolivianischen Drogenhändler im Gefängnis in La Paz. Vor 12 Jahren hat er seine Doktorarbeit verfasst: „Der Körperschmuggel von Kokain – eine empirische Untersuchung zum illegalen Drogenimport unter besonderer Beachtung kriminologischer, kriminalistischer und strafprozessualer Aspekte.“ (az)



Foto: Zell

13 Fragen an Dr. Horst Kraushaar:

Wie erklären Sie Ihren Freunden, was Sie tun?

Engagieren, nicht lamentieren

Was sollte ein Kommunalpolitiker nie tun?

Versprechen abgeben, von denen er weiß, sie nie einlösen zu können

Was muss ein Kommunalpolitiker unbedingt können?

Jede Sorge vor Ort ernst nehmen

Warum sollten junge Menschen in die Politik gehen?

Um die Zukunft eigenständig zu gestalten

Ein Buch, das ein Politiker unbedingt gelesen haben muss?

Als Kommunalpolitiker in Frankfurt: Hessische Gemeindeordnung und Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Ihre Lieblingspersönlichkeit?

Konrad Adenauer

Ein Meisterleistung der Politik war ...?

... die friedliche deutsche Wiedervereinigung

Welche Eigenschaften schätzen Sie an einem Menschen?

Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit

Ihre Lieblingsbeschäftigung?

Reisen, Radfahren

Was verabscheuen Sie am meisten?

Heuchelei, Intrigantentum

Ihr Lebensziel?

Gesundheit

Was ist für Sie das vollkommene Glück?

Zufriedenheit

Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen?

Musikinstrumente zu spielen

Sanierung der Stroofstraße – Vorteile für Verkehr und Umwelt

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Heuser, informierte sich am 20. Oktober über Bautechnik und Baufortschritt bei der Sanierung der Stroofstraße in Griesheim. Jahrzehntlang galt die etwa 1,3 Kilometer lange Route als „schlechteste Straße Frankfurts“.

Der Grund für die lange hinausgezögerte Sanierung der wichtigen Straße lag im Untergrund: Griesheim hatte 1920 das Auffüllmaterial für die Straße und den Hochwasserdamm von den Farbwerken Höchst geschenkt bekommen. Der Abraum, den die Farbwerke damit elegant entsorgten, ist kein schönes Geschenk gewesen: Das Füllmaterial ist stark verseucht mit Chemikalien. Bei einer Entfernung des hochgiftigen Erdreichs kämen astronomische Summen auf die Stadt zu, der meiste Aushub müsste auf besonders gesicherte Depo-nien in einem Salzbergwerk. Dioxin und Chlorkohlenwasserstoffe wurden bei Probebohrungen ent-deckt.

„Wir bauen hier eigentlich keine Straße, wir sanieren eine Altlast“, meint Gabriele Dehmer, Leiterin des Straßenbauamtes. Zu diesen Giften kommt nun ein weiteres, das damals nicht festgestellt worden war: Das Krebs erregende Salz Chrom-6 ist wasserlöslich und bei Berührung oder Einatmen hochgiftig. Fußgänger und Radfahrer



Helmut Heuser, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Gespräch mit seinem Kollegen Peter Wagner und Gabriele Dehmer, Leiterin des Straßenbauamtes

müssen aufgrund der Bauarbeiten einen großen Umweg in Kauf nehmen. Immerhin seien die Kosten von doch stolzen 7,7 Millionen Euro für die Straßensanierung „dank europaweiter Ausschreibung noch vergleichsweise günstig“, findet

Heuser. „Wir bleiben im Rahmen des Berechneten!“

„Ich dachte erst, das kann doch gar nicht sein, dass das so ewig dauert! Aber jetzt kann ich mir das schon vorstellen“, meint Helmut Heuser. (az)

Die Stroofstraße gestern:

eine nahezu unbefahrbare, schlaglochübersäte Asphaltdeck-schicht, als Untergrund schwer-metallbelastete Industrieabfälle.

Die Stroofstraße heute:

Die Sanierung hat begonnen. Mit einem ausgeklügelten Verfahren wird die Straße grundsaniert und die umweltgefährdende Altlast darunter abgedichtet.

Die Stroofstraße morgen:

Der Werksverkehr zum Industriepark Griesheim wird wieder über die Stroofstraße abgewickelt, der Stadt-teil entlastet. Die Altlast ist abgedich-tet, die Umwelt freut sich.

Die Stadt Frankfurt am Main verleiht zum zweiten Mal den Integrationspreis

Eines der Markenzeichen der Stadt Frankfurt ist das selbstverständliche und friedliche Nebeneinander vieler Menschen mit verschiedenen Sprachen und Traditionen. Engagement für das friedliche Zusammenleben will auch der mit 15.000 Euro dotierte Integrationspreis der Stadt Frankfurt auszeichnen. Er wurde am 19. November an drei verschiedene Initiativen übergeben.

„Wir wollen auch in diesem Jahr mit dem auf drei mal 5.000 € aufgeteilten Preis gerade kleinere Einrichtungen unterstützen und damit weitere bürgerliche und soziale Initiativen ermuntern“, beschrieb der Dezernent für Integration, Dr. Albrecht Magen, die Intension des Integrationspreises der Stadt Frankfurt.

Insgesamt waren 22 Personen, Vereine und Institutionen für den Preis vorgeschlagen worden. Ausgezeichnet wurden Frankfurts ältester Turnverein 1860 e.V., der Verein „Kinder im Zentrum“ (Kiz) Gallus für ausländische Kinder e.V., dessen multikulturell zusammengesetzter Vorstand schon seit 25 Jahren integrierend im Viertel aktiv ist, und die Jugend-Kultur-Werkstatt „Falkenheim Gallus“ e.V., die mit künstlerischen Projekten und durch besonders gestaltete Reise-Aufenthalte das Selbstbewusstsein von benachteiligten Kindern und Jugendlichen stärken will. Bei den „1860-ern“ gefiel der Jury die ungewöhnliche Neugestaltung des Angebots, zum Beispiel „Mitternachtsstreetball“, und die enge Verzahnung mit dem Sportangebot der Schulen.

Rund 180 Nationen leben in Frankfurt miteinander, von den rund 650.000 Einwohnern haben ca. 175.000 keinen deutschen Pass. Das selbstverständliche und friedliche Nebeneinander vieler Menschen mit verschiedenen Sprachen und Traditionen ist auch für den integrationspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Jochem Heumann

eines der Markenzeichen der Handels- und Bankenstadt Frankfurt. „Bei unserer Integrationsarbeit legen wir sehr viel Wert auf unterschiedliche Sprachkurse“, sagte Heumann. Das Hineinfinden in die



Jochem Heumann

Integrationspolitischer
Sprecher der
CDU-Fraktion

hiesige Lebenswelt und die Verständigung untereinander könne nur bewältigt werden durch das Medium der deutschen Sprache. Sprache sei die entscheidende Grundlage – für die Perspektive in Kindergarten, Schule und Beruf, für das

tägliche Zusammenleben, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gelingen werde die Integration nur dann, wenn die Menschen unterschiedlicher Herkunft das Zusammenleben als selbstverständlich empfinden.

Heumann freute sich besonders für den Frankfurter Turnverein 1860: „Herr Buskase leistet mit seinem Turnverein stellvertretend für die vielen anderen Sportvereine große ehrenamtliche Integrationsarbeit, gerade mit Jugendlichen.“ Mit der Einbindung von ausländischen Jugendlichen trage dieser Sportverein zu deren Integration in den Stadtteil bei. Der Verein habe sich seit langem als feste Anlaufstelle und Treffpunkt bei den Bewohnern des Stadtteils etabliert und bewährt. „Ein Verein, der bei seinen Aktivitäten neue Wege geht, ist auch für die Integration der nichtdeutschen Einwohner in unserer Stadt von hoher sozial- und sportpolitischer Bedeutung“, ergänzte Dr. Magen abschließend. (az)



Am Rande der Preisverleihung im Kaisersaal: Integrationsdezernent Dr. Albrecht Magen im Gespräch mit Hans Buskase, Vorsitzender des Frankfurter Turnverein 1860 e.V.

Oberbürgermeisterin Roth hisst Protestbanner am Römer: „Städte in Not“

Protestfahrten weisen am und im Frankfurter Römer auf die dramatische Finanzlage der deutschen Städte hin. Zu der bundesweiten Aktion haben der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund aufgerufen.

„Bund und Länder müssen die Finanznot der Städte und Gemeinden lindern helfen. Andernfalls droht in Zukunft ein massiver Kahlschlag bei den kommunalen Dienstleistungen“, warnt die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth. Als Frankfurter Oberbürgermeisterin fügt sie hinzu: „Wir sind hier zwar längst nicht so dramatisch betroffen wie Städte in strukturschwachen Gebieten. Aber auch in Frankfurt werden die Einschnitte spürbar sein. Das müssen die Bürger wissen.“

Deshalb finden seit Mitte November überall in deutschen Städten Protestaktionen statt. Die Städte blicken gespannt auf den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat. Reformen statt Kahlschlag, das ist die Forderung. Denn die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden gehen 2003 im dritten Jahr in Folge stärker zurück als bei Bund und Ländern. Die Städte haben jetzt 5,8 Milliarden Euro weniger Einnahmen als im Jahr 2000.

Dabei stehen der Deutsche Sportbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Wohlfahrtsverbände an der Seite der Städte und Gemeinden und haben mit ihnen ein „Bündnis für sichere Kommunalfinanzen“ gegründet. Manfred von Richthofen sagte, die öffentliche Sportförderung komme

überwiegend von kommunaler Seite: „90.000 Sportvereine mit 27 Millionen Mitgliedern brauchen finanziell starke Kommunen.“ „Die Kommunen brauchen Geld, damit sie endlich wieder investieren können. Das ist ein wichtiger Beitrag gegen die Massenarbeitslosigkeit“, erklärte Michael Sommer. Manfred Ragati unterstrich: „Soziale Dienste sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Diese Daseinsvorsorge ist das höchste Gut des Sozialstaates.“ „Wenn nicht sofort gehandelt wird, dann sind die Folgen gravierend. Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenarbeit, von der freien Kulturszene bis zum Kulturangebot auf Spitzenniveau müssen dann Leistungen in Frage gestellt werden“, erklärt Petra Roth.

(Dr. Gunter Stemmler M.A.)



Oberbürgermeisterin Petra Roth hisst auf dem Balkon des Frankfurter Römers die Flagge „Städte in Not“.

Stadtrat Burggraf geht bei der Impfung mit gutem Beispiel voran

„Sind Sie schon gegen Grippe geimpft?“

Jedes Jahr aufs Neue kommt zwischen Dezember und Februar die gefürchtete Grippewelle auf uns zu. Und in jedem Jahr haben sich die Grippeviren etwas verändert, sie sind mutiert. Daher ist es nicht möglich, aufgrund einer früheren Grippeerkrankung immun gegen weitere Infektionen zu werden. Im Gegensatz zu allen anderen Impfungen heißt es also jedes Jahr aufs Neue: Die Grippeimpfung ist fällig!

Angesichts von bis zu 20.000 Grippetoten in der vergangenen Saison rät die Leiterin des Stadtgesundheitsamtes, Dr. Sonja Stark, allen gefährdeten Menschen dringend zu einer Impfung. Kranke und ältere Menschen, aber auch Beschäftigte im Gesundheitswesen und mit viel Publikumsverkehr sollten sich impfen lassen. Die Bilanz von geschätzten 12.000 bis 20.000 Influenzatoten der vergangenen Saison zeige, wie gefährlich die echte Virusgrippe sei, betonte auch der Gesundheitsdezernent Nikolaus Burggraf.

Problematisch kann eine Infektion bei älteren und geschwächten Menschen mit einem Grundleiden werden. Hier komme es häufiger zu mitunter tödlichen Komplikationen wie etwa einer bakteriellen Lungenentzündung, hieß es. Da in jedem Winter andere Grippeviren zirkulieren, muss eine Impfung jährlich mit dem aktuellen Impfstoff wiederholt werden. Nach der Impfung benötige das Immunsystem 7 bis 14 Tage, um einen vollständigen Schutz aufzubauen. Angst vor schweren Nebenwirkungen oder einer von der Impfung ausgelösten Grippe müsse niemand haben, betonte Stark. Die gut verträglichen Impfstoffe seien inaktiviert, und jede Charge werde vor der Freigabe überprüft.



Bei ihrem Chef, dem Gesundheitsdezernenten Nikolaus Burggraf, ist Dr. Sonja Stark, Leiterin des Stadtgesundheitsamtes besonders vorsichtig mit der Impfung.

Die Grippeviren kommen in vielen verschiedenen Formen bei Menschen und Tieren vor. Dort, wo in landwirtschaftlichen Betrieben Mensch und Tier eng beieinander leben, können sich Menschen- und Tiergrippeerreger vermischen und neue, teils hochgefährliche Erregertypen bilden. Das geschah bei der Hühnergrippe, die in diesem Jahr in Honkong ausbrach und mehrere Menschenleben forderte. Neue Erregertypen entstehen sehr oft in Asien. Bis sie um die halbe Welt herum zu uns gelangen, bleibt meist eine Frist von mehreren Monaten, in denen ein Impfstoff hergestellt werden kann.

Die Viren zur Herstellung des Impfstoffes werden in angebrüteten Hühnereiern gezüchtet. Deshalb sollten Personen, die gegen Hühnereiweiß allergisch sind, sich nur mit eiweißfreien Impfstoffen impfen lassen (Ihr Arzt kennt entsprechende Produkte).

Aber auch bei den weniger virulenten (krankmachenden) Grippestämmen, wie den bisherigen, gilt: Die echte Grippe ist immer eine schwere, oft lebensbedrohliche Erkrankung. Überlegen Sie sich, ob nicht doch eine Vorbeugung für Sie angebracht wäre. Noch ist Zeit für eine Impfung. (az)

Info:

Impfsprechstunde im Stadtgesundheitsamt ist montags bis freitags von 8:00 bis 12:00 Uhr, donnerstags zusätzlich von 15:00 bis 18:00 Uhr, die Kassen erstatten die Kosten gegen Einreichung des Belegs.



Jochem Heumann

Integrationspolitischer
Sprecher der
CDU-Fraktion

„Migrationsausstellung – Happy End in Sicht“

CDU-Fraktion sieht ihre Vorstellungen bei der Ausstellung im Historischen Museum verwirklicht.

Die Migrationsausstellung umfasst die gesamte neuzeitliche Zuwanderung nach Frankfurt und ist als Dauerausstellung im Historischen Museum konzipiert. „Damit hat der Magistrat unsere Kernforderungen aus dem Jahr 2001 umgesetzt“, bezog sich der CDU-Stadtverordnete Jochem Heumann auf den CDU-Antrag NR 290 vom 17.10.2001. Wie aus dem Bericht des Magistrats B 588 hervorgeht, präsentiert die Ausstellung ab März 2004 Daten über einzelne Migrationschübe, Veränderungen der Zahlenverhältnisse zwischen Einheimischen und Fremden sowie Auswirkungen der Zuwanderung auf die Stadtgeographie.

„Die ursprüngliche Konzeption des Magistrats betrachtete nur den Bereich Gastarbeiter. Wir wollten das vielschichtige Thema ‚Migration und Frankfurt‘ umfassender darstellen“, erklärte Heumann. Schon im 16. und 17. Jahrhundert fanden Glaubensflüchtlinge aus den Niederlanden und aus Frankreich in Frankfurt eine neue Heimat. Die Zuwanderung von Italienern prägte Frankfurt im 17. und 18. Jahrhundert. „Namen wie Brentano und Guaita sind aus der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt

nicht wegzudenken“, sagte Heumann. Deshalb freute sich der CDU-Politiker, dass der Magistrat nach dem gegenwärtigen Planungsstand ein Viertel des Raumbedarfs für den Zeitstrang bis zum Dritten Reich vorsieht.

Die Geschichte der verschiedenen Einwanderungen sollte nach CDU-Antrag Gegenstand einer dauerhaften historischen Migrationsausstellung sein. „Die Ausstellung wird zunächst in der Wechselausstellung zu sehen sein und zieht erst nach den Umbauarbeiten in das 1. OG des Neubaus um“, erläuterte Heumann den Grund für den späteren internen Umzug. Wichtig sei für die CDU eine Dauerausstellung gewesen und „wenn wir dafür auf die extra umgebauten Räumlichkeiten warten müssen, ist es uns das wert“.

Heumann freute sich auch darüber, dass der Magistrat die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Migrationsausstellung geschaffen hat. Dies betreffe sowohl den Sachaufwand als auch den Investitionsbedarf. „Nach jahrelangen Diskussionen ein Happy End auf allen Ebenen“, sagte Heumann. Die Migrationsausstellung werde jedem Besucher deutlich vor Augen führen, dass Frankfurt als bedeutender Banken-, Finanz-, Industrie- und Verkehrsstandort und als weltweit bekannte Metropole ohne eine jahrhundertelange Zuwanderung nicht vorstellbar wäre.

„Die Migrationsausstellung soll aber auch das Bewusstsein schärfen, dass auf dieser Welt niemand mehr aus religiösen, rassischen oder politischen Gründen, aus Krieg oder wirtschaftlicher Not seine angestammte Heimat verlassen muss“, fasste Heumann zusammen. ■



Klaus Vowinckel

Fraktionsgeschäftsführer und
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

VGF kann nicht gesondert behandelt werden

CDU-Fraktion weist Kritik der Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) an der Hessischen Landesregierung zurück.

Der Geschäftsführer der CDU-Fraktion Klaus Vowinckel hat die Kritik der VGF an dem Sparprogramm der Hessischen Landesregierung zurückgewiesen: „Die VGF ist im Wettbewerb um die Ausschreibung kommunaler Verkehrsdienstleistungen ein Anbieter wie viele andere auch.“ Der Nahverkehr dürfe ebenso wie alle anderen Bereiche nicht von der Konsolidierung des Landeshaushaltes ausgenommen werden. „Wir müssen zu einem freien Markt kommen, bei dem sich der Preis über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage regelt. Eine Übervorteilung eines einzelnen widerspricht diesem Ziel.“ In den meisten übrigen Bundesländern gibt es bereits eine neue Vorgehensweise. Dort werden nicht Unternehmen gefördert, sondern Fahrzeuge angeschafft, die dann dem Gewinner des Ausschreibungswettbewerbes zur Verfügung gestellt werden.

In Richtung der linken Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die gegen das von der VGF angestrebte Cross-Border-Leasing gestimmt habe, sagte Vowinckel: „Diejenigen, die mit Nein votiert haben, sind dafür verantwortlich, dass die 30 Millionen Euro, die aus dem Geschäft für die VGF eingeplant waren, nun nicht mehr zur Verfügung stehen.“ ■



Uwe Becker

Stellvertretender Kreisvorsitzender und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Frankfurter Römer

Schluss mit Runden Tischen und zusätzlichen Arbeitskreisen

CDU-Fraktion will das Instrument „Runder Tisch“ abschaffen und die Arbeit in den zuständigen Fachausschüssen belassen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker will das in den letzten Jahren zunehmende Verfahren der Einrichtung von themenbezogenen Runden Tischen oder Arbeitskreisen abschaffen. „Angesichts der beginnenden Haushaltsberatungen und der angestrebten Verwaltungsreform müssen wir weiter entbürokratisieren“, sagte Becker. Die zu diskutierenden Themen gehörten in die zahlreichen Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung. „Dort gibt es ausreichend Gelegenheit dazu, die verschiedenen Ansichten auszutauschen, mit Fachleuten zu diskutieren und Lösungsvorschläge auszuarbeiten“, schlug Becker als Vorgehensweise vor.

In der letzten Zeit sei es verstärkt „in Mode gekommen, aufgeblähte Zirkel ins Leben zu rufen, die viel Zeit und Geld kosten“. So will die SPD erneut einen „Arbeitskreis Prostitution“ einrichten (NR 1022/03), obwohl der Magistrat erst am 21. Februar dieses Jahres den Abschlussbericht des Runden Tisches Prostitution vorgelegt hat. Dieser habe von Juni 2000 (Beschluss Stadtverordnetenversamm-

lung) bis Oktober 2002 getagt und diverse Empfehlungen ausgesprochen. Jüngste Forderung nach einem Runden Tisch sei der Antrag der Grünen NR 1126 vom 30. September dieses Jahres. Stadtverwaltung, Bürgerinnen und Bürger, lokale Umweltverbände und andere städtische Akteure und die Öffentlichkeit sollen daran teilnehmen und Möglichkeiten für konkrete Konzepte und Maßnahmen zur Steigerung des Radverkehrsanteils erarbeiten.

„Wir sollten unsere Arbeit nicht weiter entparlamentarisieren und neben einer ohnehin großen Zahl von Fachausschüssen nicht noch zusätzliche Arbeitskreise und Runde Tische ins Leben rufen, die zusätzlichen Verwaltungsaufwand und Kosten produzieren.“ Becker schlägt deshalb vor, die Sitzungen der Ausschüsse für die Erörterungen zu nutzen und will in diesem Sinne auch auf die Bündnispartner einwirken, um eine Inflation von Zusatzgremien aufzuhalten. „Es reicht schon, wenn die Bundesregierung eine Kommission nach der anderen ins Leben ruft und die Themen so aus dem Parlament in Nebengremien delegiert. Wir sind als Stadtverordnete gewählt, um selbst die Aufgaben der Stadt anzupacken.“

„Gerade vor dem Hintergrund der großen Finanzprobleme Frankfurts sollten wir selbst aktiv werden und Ausgaben reduzieren anstatt sie neu zu erfinden“, schlug Becker vor und erinnerte gleichzeitig daran, dass es die CDU gewesen ist, die vorgeschlagen hatte, fünf Ausschüsse zu reduzieren. „Selbst dann blieben noch genügend Foren, um jedem Gesprächs- und Beratungsbedarf gerecht zu werden.“ ■



Markus Frank

Umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Den Abfall in Frankfurt ökologisch und ökonomisch entsorgen

CDU-Fraktion will alle vier Verbrennungsstraßen erhalten.

Der umweltpolitische Sprecher Markus Frank hat sich dafür ausgesprochen, nach der Sanierung der Abfallverbrennungsanlage (AVA) weiterhin vier Ofenlinien zu betreiben. „Wir haben bereits im Juni 2001 den Magistrat aufgefordert, die AVA zu sanieren und Vorbereitungen zu treffen, auch die vierte Verbrennungslinie zu erhalten“, erinnerte Frank an den Antrag NR 114/01.

Das Abfallaufkommen lasse erwarten, dass die bisherig genehmigte Kapazität von 525.000 Tonnen auch künftig notwendig sei. „Durch die Müllanlieferung der Rhein-Main-Abfall GmbH, die durch zusätzliche Mengen aus Wiesbaden ansteigt, ist die Grundaustauslastung gesichert“, betonte Frank auch die Verantwortung für die Entsorgung des regionalen Mülls in der Region selbst. „Das was hier entsteht, muss auch hier entsorgt werden können“. Dazu kämen noch Gewerbeabfälle und ab 2005 die Folgen neuer rechtlicher Vorgaben: „Der Abfall muss dann vor der Ablagerung auf Deponien vorbehandelt werden. Dabei entsteht zusätzlicher Bedarf an Verbrennungskapazitäten“. Deshalb sehe Frank das Risiko des Müll-Tourismus und der damit verbundenen Belastung nicht. ■

„United we stand“

Am 6. Oktober wurde in Frankfurt erstmals der Deutsch-Amerikanische Freundschaftstag gefeiert, der auf Initiative der CDU-Fraktion künftig jährlich als Zeichen der besonderen Beziehungen Deutschlands zu den USA begangen werden soll. In ihren Reden im Kaisersaal betonten Oberbürgermeisterin Petra Roth und Generalkonsul Peter Bodde die besondere Rolle Frankfurts in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Mit dem Umzug des derzeitigen Generalkonsulats von der Siesmayerstraße in das frühere General Hospital bauen die Vereinigten Staaten ihre Frankfurter Vertretung zur größten zivilen, diplomatischen Einrichtung außerhalb der USA aus.

Unter Anwesenheit von CDU-Fraktionsvorsitzendem Uwe Becker erfolgte am 13. November der symbolische Spatenstich für die neue US-Vertretung durch Oberbürgermeisterin Petra Roth, den Amerikanischen Botschafter Daniel Coats, General Charles Williams vom Amerikanischen Außenministerium und Generalkonsul Peter Bodde. „Mit diesem Spatenstich“, so Becker, „untermauern die Vereinigten Staaten von Amerika ihr Festhalten am historischen Band

zu Frankfurt, das einst mit dem Hauptquartier der US-Militärverwaltung nach dem II. Weltkrieg und später mit dem Standort des V. US-Corps geknüpft wurde.“

Die CDU-Fraktion setzt sich jedoch nicht nur im formellen Rahmen für die Förderung der deutsch-amerikanischen Freundschaft ein, sondern auch ganz praktisch. So absolvierte im Sommer dieses Jahres mit Kelly Cross ein US-amerikanischer Princeton-Student im Rah-



Die US-Konsule Daniel Froats (rechts) und Christopher Hodges sind vom Plenarsaal des Frankfurter Römer begeistert.

men des Austausch-Programms der Steuben-Schurz-Gesellschaft ein mehrwöchiges Praktikum in der Fraktionsgeschäftsstelle und unterstützte dort insbesondere auch den künftigen Internet-Auftritt der Fraktion.

Wie keine andere Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung dokumentiert die CDU damit auch nach außen klar ihr großes Engagement zur Festigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, was auch Teil der Gespräche ist, die Fraktionschef Uwe Becker regelmäßig mit Vertretern des US-Konsulates in Frankfurt führt. Erst kürzlich konnten sich so mit Daniel Froats und Christopher Hodges zwei Konsule der politisch-wirtschaftlichen Abteilung des Generalkonsulates im Gespräch mit Becker ein umfassendes Bild von der kommunalpolitischen Situation in Frankfurt machen. Auch dabei wurde deutlich, wie wichtig der Standort Frankfurt für die Vereinigten Staaten ist und wie wichtig deshalb auch der enge Kontakt und die guten Beziehungen zu den Repräsentanten der Stadt sind. ■



CDU-Fraktionsvorsitzender Uwe Becker und US-Praktikant Kelly Cross vor der Frankfurter Skyline

Wir stellen Ihnen eine Auswahl vor aus den Anträgen und Anfragen der CDU-Fraktion im Römer sowie von ihren Fragen in der Fragestunde der Plenarsitzung. Sie finden den jeweiligen Gesamttext und den weiteren parlamentarischer Initiativen unter <http://www.cdu-fraktion-ffm.de>.



Halbe Stunde Parken kostenlos

Nach Entscheidung in Bundestag und Bundesrat kann die Kommune entscheiden, eine bestimmte Parkzeit gebührenfrei zu stellen. Die CDU-Fraktion fragt den Magistrat, wie sich das gebührenfreie Kurzparken auf den Einzelhandel in Frankfurt auswirkt. Darüber hinaus will sie wissen, ob der Magistrat beabsichtigt, die so genannte „Brötchentaste“ in einem Versuchsgebiet zu testen. ■



Sanierung öffentlicher Toiletten

Derzeit läuft ein Ausschreibungsverfahren für die Sanierung von 11 öffentlichen Toilettenanlagen, um ein für die Stadt vorteilhafteres Angebot zu erzielen. Bislang wurden die Aufträge generell an die FES gegeben. Die CDU-Fraktion fragt, ob bei künftigen Sanierungen nicht immer eine Ausschreibung erfolgen kann, um dauerhaft Geld zu sparen. ■

Schülerjahreskarte für Frankfurt

Die Schülerjahreskarte wird bereits in zahlreichen Städten und Kreisen angeboten und hat sich inzwischen zu einem Renner entwickelt. Die CDU-Fraktion beantragt, auch für das Stadtgebiet Frankfurt eine Schülerjahreskarte einzuführen. Das Stadtschulamt soll danach anspruchsberechtigten Inhabern die Kosten in Höhe von 9,1 Monatskarten erstatten; der Restbetrag ist von den Eltern zu übernehmen.



Baumschutzsatzung unbürokratisch und bürgernah handhaben

Bislang können Bäume trotz Baugenehmigung nur gefällt werden, wenn zusätzlich das Umweltamt eine Genehmigung erteilt. Die Folge ist eine weitere zeitliche Verzögerung. Die CDU-Fraktion beantragt die Baumschutzsatzung dann nicht anzuwenden, wenn eine Baugenehmigung der Bauaufsicht vorliegt. Abläufe werden dadurch gestrafft und der Bürgerservice erhöht. ■



Neuer Standort für Rollschuhbahn

Wegen der Umgestaltung des Mainufers soll die Rollschuhbahn nach Nieder-Eschbach verlegt werden. Die CDU-Fraktion beantragt, einen neuen Standort zu suchen, da der vorgeschlagene nicht geeignet ist. Es entstünden Nutzungskonflikte mit bestehenden Sportangeboten. Bis zu einer endgültigen Entscheidung soll die Rollschuhbahn am derzeitigen Standort weiter betrieben werden. ■



Verleihung des Otto-Hahn-Preises

Der Otto-Hahn-Preis der Stadt Frankfurt soll laut Satzung alle zwei Jahre verliehen werden, in Erinnerung an die Verdienste des Ehrenbürgers und Chemikers Otto Hahn. Die letzte Verleihung des mit 13.000 € dotierten Preises erfolgte 2000. Die CDU-Fraktion will wissen, warum es seitdem keine Preisverleihung mehr gegeben hat. ■

Frohe Weihnachten
und ein gutes neues Jahr!

Besser für die Menschen.



CDU